

Jürgen Mittag/Diana Wendland

## Zwischen Individuum und Typus: Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments (1952–2011) in kollektivbiografischer Perspektive

Die europäische Integration hat die bisher bekannten Formen von Staatlichkeit grundlegend verändert.<sup>1</sup> Die Ebene des souveränen Nationalstaates ist seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahr 1952 um eine staatsähnliche Konstruktion auf europäischer Ebene ergänzt worden, deren Kompetenzen seit den 1950er Jahren nicht nur in erheblichem Maße ausgeweitet wurden, sondern die sich mittlerweile auch über 27 Staaten des europäischen Kontinents erstreckt. Das, was heute mit dem bewusst mehrdeutigen Begriff „Integrationsprozess“ umschrieben wird,<sup>2</sup> ist jedoch sowohl mit Blick auf die „janusköpfige Doppelnatur des transnationalen Gemeinwesens aus Supranationalität und Intergouvernementalität“<sup>3</sup> als auch hinsichtlich des Doppelcharakters der heutigen Europäischen Union (EU) als „Bürgerunion und Staatenunion“<sup>4</sup> bisher nur unzureichend terminologisch und staatsrechtlich erfasst worden.

Zugleich sind – ungeachtet der mittlerweile überaus aktiven Forschung zur europäischen Integration – einige Problemkreise bislang kaum bearbeitet worden, zu denen auch die Träger und Protagonisten des europäischen Einigungsprozesses zu zählen sind.<sup>5</sup> Während die

- 1 Vgl. stellvertretend für viele Stefano Bartolini: *Restructuring Europe. Centre Formation, System Building and Political Structuring between the Nation State and the EU*, Oxford 2005.
- 2 Vgl. grundlegend zum Begriff und Konzept der europäischen Integration Heinrich Schneider: *Leitbilder der Europapolitik 1. Der Weg zur Integration*, Bonn 1977 und ders.: *Die neu verfasste Europäische Union: noch immer „das unbekannte Wesen“?*, in: Mathias Jopp/Saskia Matl (Hg.): *Der Vertrag über eine Verfassung für Europa. Analysen zur Konstitutionalisierung der EU*, Baden-Baden 2005, S. 109–132.
- 3 So Peter-Christian Müller-Graf: *Strukturmerkmale des neuen Verfassungsvertrages für Europa im Entwicklungsgang des Primärrechts*, in: *integration 3* (2004), S. 186–201, hier S. 193.
- 4 Siehe Thomas Läufer (Hg.): *Verfassung der Europäischen Union, Verfassungsvertrag vom 29. Oktober 2004, Protokolle und Erklärungen zum Vertragswerk*, Bonn 2005, S. 15 und Stefan Marschall: *Zwischen Völker- und Bürgervertretung: Das EP und die Europawahlen im Spannungsfeld repräsentativer Demokratie jenseits des Nationalstaates*, in: Jürgen Mittag (Hg.): *30 Jahre Direktwahlen zum EP (1979–2009). Europawahlen und Europäisches Parlament in der Analyse*, Baden-Baden 2011, S. 33–50.
- 5 Vgl. grundlegend aus deutschsprachiger Perspektive zum politikwissenschaftlichen Forschungsstand der europäischen Integration Wolfgang Wessels: *Die Europapolitik in der politikwissenschaftlichen Debatte*, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1980 ff.*, Bonn bzw. Baden-Baden 1981 ff. sowie zum historiografischen Forschungsstand die Literaturberichte von Hartmut Kaelble: *Europabewusstsein, Gesellschaft und Geschichte. Forschungsstand und Forschungschancen*, in: Rainer Hudemann/Hartmut Kaelble/Klaus Schwabe (Hg.): *Europa im Blick der Historiker*, München 1995, S. 1–29; Wilfried Loth: *Beiträge der Geschichtswissenschaft*, in: Wilfried Loth/Wolfgang Wessels (Hg.): *Theorien europäischer Integration*, Opladen 2001, S. 87–106; Jost Dülffer: *Europäische Integration zwischen integrativer und dialektischer Betrachtungsweise*, in:

Bedeutung von Institutionen, die Entwicklung von Netzwerken oder die Diskurse über Leitbilder und Theorien der europäischen Integration erhebliches Interesse in der Wissenschaft geweckt haben, sind die Repräsentanten der Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene bis heute erst in Ansätzen näher ins Blickfeld der Forschung geraten.<sup>6</sup>

Vor allem die Europaabgeordneten – jene Akteure, die als Repräsentanten der Wähler auf europäischer Ebene agieren und seit 1979 das einzig direkt legitimierte Personenkollektiv von E(W)G bzw. EU bilden – sind bislang völlig unzureichend berücksichtigt worden.<sup>7</sup> Obwohl wiederholt gefordert wurde, nicht nur einige prominente Gründungsväter der Integrationsgeschichte biografisch in den Mittelpunkt zu rücken,<sup>8</sup> sondern auch die Rolle derjenigen Persönlichkeiten zu untersuchen, die bislang zwar nicht im Fokus der historischen Aufmerksamkeit standen, zugleich aber als Repräsentanten der Bürger eine demokratietheoretisch wichtige Rolle wahrnehmen,<sup>9</sup> liegen kaum biografische Arbeiten zu Europaabgeordneten vor.<sup>10</sup> Selbst an entsprechenden lexikalischen Überblicken mangelt es. Es existieren

Archiv für Sozialgeschichte 42 (2002), S. 521–543; ders.: Europa – aber wo liegt es? Zur Zeitgeschichte des Kontinents, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 524–564; Wolfram Kaiser: Vom Staat zur Gesellschaft? Zur Historiographie der europäischen Integration, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 11 (2004), S. 663–679; Wilfried Loth: Europa im Rückblick. 25 Jahre europäische Integration in historischer Perspektive, in: Weidenfeld/Wessels: Jahrbuch 2004/2005, S. 45–54; Jost Dülffer: The History of European Integration: From Integration to the History of Integrated Europe, in: Wilfried Loth (Hg.): Experiencing Europe. 50 years of European construction 1957–2007, Baden-Baden 2008 und Kiran Patel: Europäische Integrationsgeschichte auf dem Weg zur doppelten Neuorientierung. Ein Forschungsbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 595–642.

- 6 Die fehlende Auseinandersetzung mit europäischen Persönlichkeiten im zeitgeschichtlichen Kontext erscheint auch deswegen überraschend, da sie einen Beitrag dazu leisten kann, dem Bürger Europa näherzubringen, manifestiert sich die Identifikation eines Gemeinwesens doch nicht zuletzt auch in Personen. Bestätigt wird diese Einschätzung auch durch das in diesem Heft eingehender thematisierte öffentliche Interesse an politischer Memoirenliteratur, Autobiografien oder populär verfassten Lebensbeschreibungen zeitgenössischer Persönlichkeiten.
- 7 Vgl. für einen aktuellen Forschungsüberblick zu den Abgeordneten des Europäischen Parlaments Jürgen Mittag: Europaabgeordnete zwischen transnationaler Repräsentation und politischem Abstellgleis: Zuschreibungen, Selbstverständnis und Biografien der MdEP im Lichte historiografischer Forschungsperspektiven, in: HMRG. Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft 23 (2010), S. 64–86.
- 8 Siehe hierzu Thomas Jansen/Dieter Mahncke (Hg.): Persönlichkeiten der Europäischen Integration, Bonn 1981 und Heinz Duchhardt (Hg.): Europäer des 20. Jahrhunderts. Wegbereiter und Gründer des „modernen“ Europa, Mainz 2002.
- 9 Vgl. aus historischer Perspektive Loth: Beiträge der Geschichtswissenschaft, hier S. 104–105 und aus sozialwissenschaftlicher Sicht zuletzt Robert Rohrschneider/Nick Clark: Second-order elections versus first-order thinking: How voters perceive the representation process in a multi-layered system of governance, in: Journal of European Integration 5 (2009), S. 645–664.
- 10 Siehe exemplarisch für die Zugänge der wenigen Ausnahmen Karlheinz Reif/Hermann Schmitt/Klaus Schubert: Wer sind und was wollen die Deutschen im Europäischen Parlament? Sozialprofil, politischer Rückhalt und Zielvorstellungen der deutschen Kandidaten zum Europäischen Parlament, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3 (1979), S. 332–354; Eva M. Thöne: Das direkt gewählte Europäische Parlament. Ein Beitrag zur Abgeordnetensoziologie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2 (1982), S. 149–180; Claudia Strohbecke: Die Arbeit der F. D. P.-Abgeordneten im Europäischen Parlament seit der ersten Direktwahl 1979, Bochum 1993. In der Forschung dominierte in der letzten Dekade die Frage, inwieweit die Europaabgeordneten im Rahmen ihrer Tätigkeit im EP sozialisiert wurden. Vgl.

zwar – aus zeitgeschichtlicher Perspektive Deutschlands betrachtet – biografische Lexika zur Weimarer Republik,<sup>11</sup> zum Dritten Reich,<sup>12</sup> zur Bundesrepublik,<sup>13</sup> zur DDR<sup>14</sup> und grundsätzlich zu Deutschland,<sup>15</sup> aber es gibt kein modernes biografisch-lexikalisches Nachschlagewerk zur europäischen Integration – weder im deutschen Sprachraum noch im europäischen Ausland.<sup>16</sup>

Sekundäranalytische Studien zu Europaabgeordneten sind bislang weder aus dem Blickwinkel der Parlamentarismus- und Parteienforschung noch aus der Perspektive der politischen Eliten- und Biografieforschung – sei sie sozialwissenschaftlicher oder historiografischer Provenienz – angestellt worden.<sup>17</sup> Nicht einmal die exakte Anzahl aller bisherigen Europaparlamentarier, einschließlich der Nachrücker und der Beobachter, ist bekannt.<sup>18</sup> Diesem

hierzu Susan E. Scarrow: *Political Career Paths and the European Parliament*, in: *Legislative Studies Quarterly* 2 (1997), S. 253–263; Roger Scully: *Becoming Europeans? Attitudes, Behaviour and Socialization in the European Parliament*, New York 2005; Luca Verzichelli/Michael Edinger: *A Critical Juncture? The 2004 European Elections and the Making of a Supranational Elite*, in: *The Journal of Legislative Studies* 2 (2005), S. 254–274; Tim Bale/Paul Taggart: *First-Timers Yes, Virgins No: The Roles and Backgrounds of New Members of the European Parliament*, Sussex European Institute, Working Paper No. 89 (2006). Vgl. als eine der wenigen umfangreichen Monografien zum Thema Julien Navarro: *Les députés européens et leur rôle*, Brüssel 2009.

- 11 Vgl. Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hg.): *Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik*, München 1988.
- 12 Vgl. Hermann Weiß (Hg.): *Biographisches Lexikon zum Dritten Reich*, Frankfurt am Main 1999.
- 13 Vgl. hier exemplarisch Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hg.): *Kanzler und Minister 1949–1998. Biographisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen*, Opladen 2001.
- 14 Vgl. Gabriele Baumgartner/Dieter Hebig (Hg.): *Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990*, München 1996.
- 15 Vgl. Udo Sautter: *Biographisches Lexikon zur deutschen Geschichte*, München 2002.
- 16 Eine Ausnahme bildet ein im Jahr 1964 erschienenes biografisches Lexikon: Edward A. de Maeyer: *Who is Who in Europe. Dictionnaire biographique des personnalités européennes contemporaines*, Brüssel 1964.
- 17 Sieht man von vereinzelt Hinweisen in Büchern zum EP und den Studien Peter Reichels und Harald G. Kundochs ab (vgl. Peter Reichel: *Zur Qualifikation und Motivation von Bundestagsabgeordneten in Europäischen Versammlungen*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 4 (1972); ders.: *Bundestagsabgeordnete in europäischen Parlamenten. Zur Soziologie des europäischen Parlamentarier*, Opladen 1974; Harald G. Kundoch: *Die Konstituierung des Europäischen Parlaments – zur Reform des Berufungsverfahrens der Abgeordneten*, Köln u. a. 1974), sind die deutschen Europaparlamentarier überhaupt erst in Zusammenhang mit der Wahl 1979 und der ersten Wahlperiode des direkt gewählten Parlaments in das Blickfeld der Forschung geraten. Die ersten selbstständigen Monografien wurden nach 1979 aber nicht von Wissenschaftlern, sondern von den MdEP selbst publiziert. In diesen Publikationen nehmen neben ausführlichen Abschnitten zur rechtlichen Stellung der Europaabgeordneten vor allem Hinweise zur allgemeinen Tätigkeit im Europäischen Parlament breiten Raum ein. Angaben zu einzelnen Abgeordneten finden sich in der Sekundärliteratur nur in Ausnahmefällen. Lediglich in standardisierten biografischen oder lexikalischen Nachschlagewerken liegen Kurzlebensläufe zu einer größeren Anzahl von (prominenteren) Europäern vor. Diese Einträge unterliegen jedoch weder einer Systematik, noch sind sie notwendigerweise zuverlässig.
- 18 Der Umfang dieser Gruppe ist für den Zeitraum von 1952 bis 2009 auf rund 2.300 Abgeordnete zu schätzen. Beobachter haben – ebenso wie gewählte Abgeordnete – zwar Rede- und Stimmrecht in den nationalen Delegationen, in der Regel auch ein Rederecht in der Fraktion, jedoch nicht im Plenum. Beobachter gab es im Vorfeld der Mittel- und Osteuropa-Erweiterungsrunde 2004/07 sowie im Zuge

Mangel an Grundlagen- und sekundäranalytischen Studien soll im Rahmen des vorliegenden Beitrags durch eine kollektivbiografische Fallstudie begegnet werden, die versucht, die Tragfähigkeit entsprechender Ansätze exemplarisch zu verdeutlichen. Im Mittelpunkt stehen dabei die deutschen Europaabgeordneten der Sozialdemokratie und Betrachtungen über ihren sozialstrukturellen Hintergrund im Spannungsfeld von Individuum und Typus.

### Sozialdemokratische Europaabgeordnete und kollektive Biografik

Der Beginn einer eingehenderen methodischen und empirischen Beschäftigung mit der modernen kollektiven Biografik datiert in die frühen 1970er Jahre.<sup>19</sup> Als vergleichsweise junger methodischer Ansatz weckte die kollektivbiografische Forschung während der Hochphase sozialgeschichtlicher Paradigmen das Interesse einer stark struktugeschichtlich orientierten Geschichtswissenschaft. Insbesondere im Rahmen der Historischen Sozialforschung entwickelte sich diese Form biografischer Analyse zu einem Interessenschnittpunkt von Geschichtswissenschaft, Soziologie und Politikwissenschaft. Der kollektiven Biografik kam dabei eine Art Mittlerfunktion zwischen den verschiedenen Forschungszweigen der Einzeldisziplinen zu – vor allem zwischen der politikwissenschaftlichen Elitenforschung, der soziologischen Lebenslaufforschung und der geschichtswissenschaftlichen Biografieforschung.

In der kollektiven Biografik wird in individuellen Lebensläufen nach übergreifenden Strukturen und Zusammenhängen gesucht. Die dabei genutzten Verfahren der Statistik sind der Versuch, von individuellen Besonderheiten zu abstrahieren, die in der historischen Analyse von Biografien unter Umständen eine große Rolle spielen. Das Spannungsverhältnis, das sich aus dem Gegensatz von Struktur und Individualität ergibt, ist jedoch nur scheinbar ein Dilemma der Methode. Tatsächlich beschreibt es gerade die Stärke und die Chancen des Ansatzes, der die umfassenden gesellschaftlichen Strukturen hinter den großen Einzelpersonlichkeiten sichtbar machen kann, ohne die Bedeutung individueller Faktoren zu verdecken.<sup>20</sup>

Das Erkenntnisinteresse kollektivbiografischer Studien lässt sich vor diesem Hintergrund in zwei grundlegende Forschungsrichtungen aufschlüsseln: Einerseits kann das Allgemeine und Typische innerhalb einer Gesamtheit hervorgehoben, andererseits das Besondere und Untypische herausgestellt werden. Auf dieser Basis sind dann weiterführende Untersu-

des Beitritts der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik, in dessen Folge insgesamt 18 Beobachter aus der letzten DDR-Volkskammer ins EP delegiert wurden.

- 19 Vgl. für einen knappen Überblick Alexander Gallus: Biographik und Zeitgeschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte 1/2* (2005), S. 40–46 und Jürgen Mittag: *Gesichter in der Menge: Kollektivbiografische Forschung und das Beispiel der sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsparlamentarier*, in: Bruno Groppo/Berthold Unfried (Hg.): *Gesichter in der Menge. Kollektivbiografische Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Leipzig 2006, S. 15–36.
- 20 Vgl. grundlegend Wilhelm Heinz Schröder: *Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung. Eine Einführung*, in: ders. (Hg.): *Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung*, Stuttgart 1985, S. 7–17 sowie ders.: *Kollektivbiographie als interdisziplinäre Methode in der Historischen Sozialforschung: Eine persönliche Retrospektive*, *Historical Social Research/Historische Sozialforschung*, Supplement No. 23 (2011), insbesondere die Auswahlbibliografie S. 92–100.

chungen möglich, die im Lichte sowohl eliten- bzw. biografiebezogener Zugänge als auch (angesichts der hier behandelten Thematik) integrationsbezogener Fragestellungen soziale Muster und Regelmäßigkeiten ebenso wie Einordnungen zur Entwicklung der europäischen Integration herauszuarbeiten erlauben. Die Kenntnisse über die Gesamtheit der Einzelbiografien dienen in diesem Zusammenhang gewissermaßen als Grundlage, um Aufschluss über das Spannungsverhältnis von exemplarischem Typus und individueller Persönlichkeit zu erhalten.

Obwohl kollektivbiografische Arbeiten mittlerweile weitgehend zum etablierten Repertoire der historischen Forschung gehören, konzentrieren sich aktuelle Studien vor allem aus sozialgeschichtlicher Perspektive auf einzelne Berufsgruppen, während Studien aus stärker politikgeschichtlicher Perspektive zu parlamentarischen Eliten unvermindert eine Ausnahmeerscheinung darstellen. Vor diesem Hintergrund wird auch der gesellschaftlichen Sozialisation zumeist weit stärkere Beachtung geschenkt als der politischen Sozialisation.<sup>21</sup> Die wichtigsten inhaltlichen Zielsetzungen des vorliegenden Beitrags spiegeln sich in den folgenden Zugängen und Fragestellungen wider: Es wird aus Perspektive der Eliten- bzw. Biografieforschung untersucht, aus welchen sozialen Gruppen die Sozialdemokratie ihr europapolitisches Führungspersonal rekrutierte, es wird beleuchtet, welche Rolle „Europa“ in den Karriereverläufen der Abgeordneten vor und nach der Mandatszeit im Europäischen Parlament spielte und vor allem gezeigt, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede die Lebensläufe der sozialdemokratischen Europaabgeordneten durchziehen. Aus der Perspektive der Integrationsforschung wird analytisch – nicht zuletzt in Anlehnung an die Schwerpunkte der bisherigen Europawahl- und EP-Forschung – der Frage nachgegangen, inwieweit den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1979 Bedeutung als maßgebliche Zäsur der Integrationsentwicklung zukommt.<sup>22</sup> Dieser Zugang ist nicht zuletzt auf den Umstand zurückzuführen, dass im Vorfeld des ersten europäischen Urnengangs 1979 wiederholt die Zielsetzung hervorgehoben worden war, mit dem Instrumentarium der Direktwahl auch „die subjektive Betroffenheit des Bürgers erhöhen zu können“, um so „das Interesse und Engagement für die Gemeinschaftsentscheidungen und -prozesse zu verstärken“.<sup>23</sup>

Den unterschiedlichen Erkenntnisinteressen wird im Beitrag methodisch vor allem in sozialstruktureller Perspektive nachgegangen. Basierend auf Kategorien wie Geschlecht, Alter, Ausbildung oder Beruf werden zunächst Sozialisationserfahrungen der sozialdemokratischen Europaabgeordneten herausgearbeitet und systematisierend dargestellt. Als Grundlage für die Analyse dienen die biografischen Selbstauskünfte der Europaabgeordneten, die

- 21 Siehe zu letzterem auch Susanne Rippl: Politische Sozialisation, in: Klaus Hurrelmann/Matthias Grundmann/Sabine Walper (Hg.): *Handbuch Sozialisationsforschung*, 7. Aufl., 2008, S. 443–457.
- 22 Vgl. zur Rolle der Europawahlen in historiografischer Perspektive ausführlicher Mittag (Hg.): *30 Jahre Direktwahlen sowie Andreas M. Wüst/Markus Tausendpfund: 30 Jahre Europawahlen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 23/24 (2009), S. 3–9.
- 23 So Emanuel Richter (Bearb.): *Die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments. Motive, Wahlkampf, Resultate und Perspektiven*, Bonn 1981, S. 15. Siehe auch Eberhard Grabitz/Thomas Läufer: *Das Europäische Parlament*, Bonn 1980.

sich u. a. in einschlägigen Nachschlagewerken finden,<sup>24</sup> sowie darüber hinausgehende Recherchen, die mit Hilfe der unterschiedlichsten biografischen Findmittel von den Autoren unternommen wurden.<sup>25</sup> In Ermangelung fast jedweder Vorarbeiten wurden die lebensgeschichtlichen und funktionsspezifischen Daten zu den sozialdemokratischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments vielfach primär erhoben. Erstellt wurde in diesem Zusammenhang eine Datenbank, die die Kurzbiografien aller deutschen sozialdemokratischen EP-Mitglieder im Zeitraum zwischen 1952 und 2009 (unter Einschluss der im Juni 2009 für den Zeitraum bis 2014 gewählten Abgeordneten) enthält. Die Datenbank umfasst 69 Abgeordnete für den Zeitraum bis 1979 und weitere 105 Mandatsträger für den Zeitraum nach 1979. Nur vier Parlamentarier gehörten sowohl dem delegierten Parlament bis 1979 als auch dem direkt gewählten Europäischen Parlament nach 1979 an, so dass sich die Grundgesamtheit der hier behandelten Kohorte aus insgesamt 170 Abgeordneten rekrutiert.<sup>26</sup> Um die Datengrundlage der folgenden Darstellung möglichst transparent zu gestalten, ist im Anhang dieses Beitrags ein Teil der biografischen Daten in einer Überblickstabelle angeführt.

Auf den aggregierten Angaben der Datenbank basieren die sich anschließenden sekundäranalytischen Auswertungen, aus denen dann auch Folgerungen für je eine „idealtypische Biografie“ der sozialdemokratischen Europaabgeordneten vor 1979 und nach 1979 abgeleitet werden.<sup>27</sup> Die beiden idealtypischen Lebensläufe vermitteln letztlich auch Antworten auf die Frage, welche Merkmale die sozialdemokratischen Europaabgeordneten überhaupt kennzeichnen und welche gemeinsamen Züge sie aufweisen. Im Rahmen des abschließenden Fazits soll gezeigt werden, inwieweit mit Hilfe dieses Zugangs insgesamt betrachtet der Ansatz der sozialwissenschaftlichen bzw. sozialgeschichtlichen Forschung zu den Biografien von Mandatsträgern erweitert werden kann und inwiefern Bausteine zusammengetragen

24 Erstmals veröffentlichte das Europäische Parlament bereits im September 1952 eine 25-seitige Liste der Abgeordneten. Vgl. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl/Gemeinsame Versammlung: Erster Jahresbericht. September 1952 – September 1953, Luxemburg 1953. In der Folge erschienen verschiedene Jahrbücher: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl: Jahrbuch-Handbuch der Gemeinsamen Versammlung, Luxemburg 1956–1958; Europäisches Parlament: Jahrbuch des Europäischen Parlaments 1959 ff., Luxemburg 1959–1967. Für die Phase zwischen 1967 und 1979 liegen keine entsprechenden Publikationen vor. Vgl. des Weiteren für die Zeit seit der ersten Direktwahl Das Europäische Parlament. Zuständigkeit und Befugnisse, Wahlrecht, Geschäftsordnung, Statut, Wahlergebnisse, Gremien, Biografien und Abbildungen der Abgeordneten, 2. Aufl., Baden-Baden 1982 und sodann Europäisches Parlament: Bürger-Handbuch. (Nebst. zunächst: Volkshandbuch der deutschen Abgeordneten, später: Volkshandbuch), verschiedene Verlagsorte 1984 ff. und die auf Klaus Pöhle zurückgehende Überblicksdarstellung des Generalsekretariats des Europäischen Parlaments: Generaldirektion Wissenschaft (Hg.): Ein Parlament in voller Entfaltung. Europäisches Parlament 1952–1988. 36 Jahre, 3. Aufl., Luxemburg 1989.

25 Für Unterstützung bei den Recherchen sei Jan Hangebrauck, Isabelle Püttmann und Joana Seiffert gedankt.

26 Unter diesen 170 Abgeordneten befinden sich 14 Nachrücker für den Zeitraum nach 1979 und acht Beobachter für den Zeitraum 1990/91–1994.

27 Zum Konstrukt des idealtypischen Lebenslaufs siehe Wilhelm Heinz Schröder: Die Lebensläufe der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten: Ausgewählte Fragen und Materialien, in: Gerhard A. Ritter (Hg.): Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung, München 1990, S. 185–217, vor allem S. 216.

werden konnten, mit deren Hilfe sich Fragen zur Repräsentation im europäischen Integrationsprozess wissenschaftlich analysieren lassen.

Die Analyse der sozialdemokratischen Europaabgeordneten verdient nicht zuletzt aufgrund der bisweilen umstrittenen Rolle der deutschen Sozialdemokratie zur europäischen Integration Beachtung.<sup>28</sup> Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte es zunächst so ausgesehen, als würde die europäische Einigung zum zentralen außenpolitischen Leitbild der SPD werden. In den politischen Leitsätzen des Parteitags in Hannover 1946 wurde die Zielsetzung mit Nachdruck und den Worten bekräftigt: „Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt die Vereinigten Staaten von Europa, eine demokratische und sozialistische Föderation europäischer Staaten. Sie will ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa. Nur so kann Europa zur Solidarität mit den Völkern aller Kontinente gelangen.“<sup>29</sup> Hatte die SPD diese Verlautbarung mit ihrer Zustimmung zum Marshall-Plan noch untermauert, so geriet sie zum Ende der 1940er Jahre immer stärker in den Ruf, der europäischen Einigung distanziert bis skeptisch gegenüberzustehen – ein Image, das der deutschen Sozialdemokratie über die Stationen „Ruhrstatut“, „Europarat“, „Montanunion“, „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ bis weit in die 1950er Jahre anhaften sollte, da die SPD all diese Kooperationsanstrengungen ablehnte. Aufgrund ihres traditionellen Bekenntnisses zur internationalen Verständigung konnte die SPD zwar für sich in Anspruch nehmen, seit jeher eine entschiedene Verfechterin des Europagedankens zu sein. Da aber namentlich Kurt Schumacher, der erste Nachkriegsvorsitzende der SPD, den Gedanken der Gleichberechtigung Deutschlands zunehmend in den Vordergrund rückte und auf das klassische europäische Gleichgewichtskonzept unabhängiger Nationalstaaten setzte, waren innen- wie außenpolitische Irritationen nicht zu vermeiden. Zurückzuführen war dies nicht zuletzt auf den Umstand, dass der sozialdemokratische Parteichef einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen deutscher Wiedervereinigung und europäischer Integration herstellte. Erst die Vereinigung Deutschlands würde, so Kurt Schumacher, die Überführung dieses Gebildes in eine europäische Gemeinschaft erlauben. Auf eine Kurzformel zusammengefasst lautete die Prioritätenfolge der Schumacher-SPD bis weit in die 1950er Jahre hinein: deutsche Einheit

28 Vgl. grundlegend hierzu Stefan Berger: Internationalismus als Lippenbekenntnis? Die transnationale Kooperation sozialdemokratischer Parteien in der Zwischenkriegszeit, in: Jürgen Mittag (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 197–214; Stefan Behring: Zwischen Sozialismus und Demokratie: Europakonzeptionen des sozialdemokratischen Exils im Schatten transnationaler Parteienkonflikte, in: ebd., S. 229–250; Claudia Hiepel: „Europa gehört keiner Partei“: Die SPD und der Weg vom Socialist Information and Liaison Office zur Sozialdemokratischen Partei Europas, in: ebd., S. 271–288 sowie Wilfried Loth: Von Heidelberg nach Godesberg: Europa-Konzepte der deutschen Sozialdemokratie zwischen Utopie und Politik, in: Gabriele Clemens (Hg.): Nation und Europa. Studien zum internationalen Staatensystem im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Peter Krüger zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2001, S. 203–219 und Jürgen Mittag: Europäische Profilbildung im Widerstreit: Der Haager Kongress 1948 und der Europagedanke in der deutschen Sozialdemokratie, in: Volker Depkat/Piero Graglia (Hg.): Die Entscheidung für Europa. Das Epochenbewusstsein deutscher und italienischer Politiker und das Projekt der europäischen Integration, Berlin/New York 2010, S. 263–290.

29 Zit. nach Kurt Schumacher: Grundsätze sozialistischer Politik, Hamburg 1946, S. 47.

vor europäischer Integration. Aus dieser Formel resultierte jedoch ein zentrales Problem für die Sozialdemokratie: Ohne unmittelbare reale Wiedervereinigungsperspektive blieben die grundsätzlich integrationsfreundlichen Aussagen der SPD weitgehend belanglos. Erst zum Ende der 1950er Jahre änderte sich diese Haltung. Wie Claudia Hiepel zusammenfassend formuliert, durchlebte die als „integrations skeptische Partei in den 1950er Jahren“ gestartete Sozialdemokratie „in den 1960er Jahren eine Metamorphose zur europhilen Partei“.<sup>30</sup> Als Regierungspartei der 1970er Jahre erlangte die SPD sogar das Image eines Musterschülers der europäischen Integration. Nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen verdient eine nähere Betrachtung der deutschen Europaabgeordneten Beachtung, auch als Baustein künftiger Studien zur sozialdemokratischen Europapolitik.

### Europapolitik als parlamentarisches Mandat

Das erste Parlament auf europäischer Ebene war – was heute vielfach übersehen wird – die Beratende Versammlung des Europarats.<sup>31</sup> Nachdem sich die anfänglich hohen Erwartungen im 1949 gegründeten Europarat jedoch nicht realisiert hatten, folgte auch die Bundesrepublik im Rahmen der sektoralen Integrationsbestrebungen dem französischen Vorschlag der Montanunion. Bis zur Unterzeichnung der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl verständigte man sich auf die Schaffung eines parlamentarischen Organs zur Kontrolle der Hohen Behörde, das im ursprünglichen Schumanplan-Vorschlag 1950 zunächst noch gar nicht vorgesehen war. Dieses parlamentarische Organ sollte nach Art. 20 des EGKS-Vertrags aus „Vertreter[n] der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten“ bestehen. Die 78 Abgeordneten der Gemeinsamen Versammlung – wie das Organ offiziell bezeichnet wurde – sollten sich aus den nationalen Volksvertretungen, den nationalen Parlamenten, rekrutieren oder sie sollten alternativ „in allgemeiner direkter Wahl“ gewählt werden. Da es den Nationalstaaten jedoch nicht gelang, einen gemeinsamen Rahmen für allgemeine Wahlen zu vereinbaren, wurden die Abgeordneten fortan nicht direkt gewählt, sondern ihre Rekrutierung vollzog sich auf nationaler Parlamentsebene.<sup>32</sup>

Mit dieser Praxis wurde das Prinzip des Doppelmandats etabliert, das dazu führte, dass die Europaabgeordneten bis 1979 ausnahmslos nationale Parlamentarier waren, die zusätzlich ein Mandat im Europäischen Parlament wahrnahmen und infolgedessen auch erheb-

30 So Hiepel, S. 274.

31 Vgl. zu detaillierten Anmerkungen zu den Ausführungen dieses Kapitels Richard Corbett/Francis Jacobs/Michael Shackelton: *The European Parliament*, verschiedene Auflagen, zuletzt: 8. Aufl., London 2011 und David Judge/David Earnshaw: *The European Parliament*, 2. Aufl., London 2008; Mittag: *Europaabgeordnete zwischen transnationaler Repräsentation und politischem Abstellgleis*, S. 64–86 und Jürgen Mittag/Janosch Steuwer: *Politische Parteien in der EU*, Wien 2010, v. a. S. 159–220.

32 Aus Gründen der terminologischen Vereinfachung wird im Folgenden die erst mit der Einheitlichen Europäischen Akte (primär)rechtlich verankerte Bezeichnung „Europäisches Parlament“ auch für die Phase der Gemeinsamen Versammlung der EGKS (1952–1958) bzw. für den Zeitraum als Versammlung von EGKS, EWG und Euratom (1958–1987) verwendet.



liche Unterschiede im Entsendungsmodus aufwiesen. Die gravierendsten Abweichungen betrafen dabei die Mandatsdauer, die Aufteilung der Mandate auf die Kammern der jeweiligen Legislative und den Bestellungsmodus: Im Gegensatz zum deutschen, niederländischen und belgischen System der Orientierung an der Fraktionsstärke wurden die Straßburger Parlamentarier in anderen Staaten gewählt, in Italien sogar mit absoluter Mehrheit. Letzteres verhinderte lange Zeit u. a. nicht nur die Präsenz rechtsextremer, sondern auch kommunistischer Abgeordneter im Europäischen Parlament.<sup>33</sup>

Neben dem legitimatorischen Problem der unterschiedlichen Bestellungsmodi resultierte aus dem Prinzip des Doppelmandats auch in pragmatischer Hinsicht ein Organisationsproblem – insbesondere vor dem Hintergrund der dynamischen Vertiefung der europäischen Integration. Die Abgeordneten waren als Doppelmandatäre – in einigen Fällen sogar noch zusätzlich als Abgeordnete einer weiteren Versammlung – mit erheblicher Mehrarbeit konfrontiert. Während die Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter in Bonn und im Wahlkreis angesichts anhaltender Professionalisierungstendenzen immer weniger Freiräume zuließ, wuchs zugleich die Arbeitsbelastung der einzelnen Abgeordneten in Straßburg zunehmend. Beanspruchten die Plenarsitzungen in Straßburg in den 1950er Jahren zunächst lediglich drei bis fünf Wochen jährlich, erhöhte sich die Frequenz nach Verabschiedung der Römischen Verträge 1958 und vor allem nach der Einführung der Direktwahl 1979 beträchtlich und stieg auf 14 Plenartagungen mit über 60 Sitzungstagen pro Jahr. Zu den Plenarsitzungen kamen noch Tagungen der verschiedenen Fraktionen und Ausschüsse hinzu, an denen die Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung teilzunehmen hatten.<sup>34</sup> Aufstellungen für die deutschen Parlamentarier für das Jahr 1978 kommen zu dem Ergebnis, dass die deutschen Abgeordneten im Durchschnitt an 107 Tagen für das Europäische Parlament unterwegs waren, 37 Tage davon residierten sie in Brüssel, 25 in Luxemburg und 23 in Straßburg. 23 weitere Tage verbrachten sie an anderen Orten. Der Arbeitsaufwand im Rahmen des Mandats in der Versammlung bzw. im Europäischen Parlament stieg in einem Maße, dass seine Vergabe bald zur ausschließlichen Erfüllung desselben rechtfertigte. Dies hatte zur Konsequenz, dass sich in Bonn und Straßburg/Brüssel bereits in den 1970er Jahren zwei unterschiedliche Parlamentsebenen bildeten, die praktisch isoliert voneinander arbeiteten. Die Zielsetzung einer wechselseitigen Durchdringung von nationaler und europäischer Ebene mit Hilfe des Doppelmandats galt damit als gescheitert.

- 33 In Deutschland wurde die Fraktionsstärke im Bundestag zugrunde gelegt. Über die Art und Weise, wie erstmals eine Auswahl der deutschen Europaabgeordneten innerhalb der Fraktionen getroffen wurde, ist wenig bekannt. In den folgenden Jahren bürgerte sich das Verfahren ein, dass die Abgeordneten zu Beginn einer Legislaturperiode von den einzelnen Fraktionen ausgewählt wurden und die Delegation ähnlich wie ein Sitz in einem Ausschuss betrachtet wurde. Die wesentliche Entscheidung fiel zumeist bereits im Rahmen der konstituierenden Fraktionssitzungen, die formelle Delegation traf gleichwohl der Bundestag erst, wenn alle Fraktionsvorschläge vorlagen.
- 34 Siehe zu den statistischen Angaben Mittag: Europaabgeordnete zwischen transnationaler Repräsentation und politischem Abstellgleis sowie des Weiteren Generaldirektion Wissenschaft: Ein Parlament in voller Entfaltung.

Harald G. Kundoch wies bereits 1974 auf eine weitere zentrale Folge der Doppelbelastung hin: „Eine wichtige Funktion in der ersten Gruppe der Bundestagsabgeordneten kann ein europäischer Abgeordneter (...) nicht übernehmen. (...) Dies führt im Ergebnis zu einer Abwesenheit der Spitzenpolitiker im Europäischen Parlament.“<sup>35</sup> Zugleich wurde immer häufiger konstatiert, dass die Übernahme eines europäischen Mandats auch die Chance auf Wiederwahl in den Bundestag reduziere, so dass es immer schwieriger wurde, geeignete Abgeordnete zu rekrutieren. Kundoch zieht daraus den Schluss, dass sich die Spitzen der nationalen Parlamentsfraktionen aus den Reihen des Europäischen Parlaments zurückzogen. Und auch Peter Reichel zufolge gehörten im Jahr 1966 nicht einmal mehr ein Fünftel aller europäischen Abgeordneten Führungsgruppen ihrer nationalen Fraktionen bzw. Parteien an.<sup>36</sup>

Die erste Direktwahl 1979 markierte einen zentralen Einschnitt für die Europa-Mandats-träger. Insgesamt mehr als zwei Drittel der „alten“, noch von den nationalen Parlamenten ernannten Abgeordneten gehörten dem direkt gewählten EP von 1979 nicht mehr an. Dieses erste direktgewählte Europäische Parlament stellte aber nicht nur in seiner Zusammensetzung, sondern auch in seiner medialen Rezeption eine Ausnahmeerscheinung dar, sprach man doch zeitgenössisch im Zusammenhang der ersten Europawahlen 1979 von einer „Jahrhundertwahl“,<sup>37</sup> wenngleich es an Stimmen seitens der Wissenschaft nicht mangelte, die eine „doppelte Verlegenheit“ über die „zukünftige Rolle des Abgeordneten und seines Verhältnisses zum europäischen Wähler am Maßstab einer Demokratietheorie“ konstatierten.<sup>38</sup> Für die Abgeordneten selbst schien diese Verlegenheit nicht bestanden zu haben. Als Impuls für die Bewerbung um ein Mandat zur Direktwahl wird zahlreichen Europaparlamentariern das persönliche Engagement für die europäische Einigung als entscheidendes Motiv zugesprochen.

Nach den zweiten Direktwahlen 1984 zeichneten sich dann eine gewisse Normalisierung und im Zuge einer geringeren Fluktuation auch die Herausbildung neuer Typen von Europaabgeordneten ab. So macht die Forschung zunehmend „Berufseuropäer“ aus und summiert darunter zahlreiche Parlamentarier, die 1979 erstmals ins Europäische Parlament gewählt wurden, dort für mehrere Wahlperioden – zum Teil bis heute – blieben und ihren Fokus primär auf Europa richteten. Namen wie Klaus Hänsch, Ingo Friedrich, Elmar Brok oder Hans-Gert Pöttering stehen aus deutscher Sicht stellvertretend für diesen Typus. Seitens der Forschung wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich gerade die deutschen MdEP durch eine ungewöhnlich lange Verweildauer im EP auszeichnen und hohe Wiederwahlchancen besitzen. Welche Bedeutung dieser Abgeordnetentypus erlangte, zeigte sich in der 3. Wahlperiode des Europäischen Parlaments ab 1989, in der nur noch neun der 87

35 So Kundoch: Konstituierung, S. 23.

36 Siehe dazu vor allem Tabelle 12 bei Reichel: Bundestagsabgeordnete in europäischen Parlamenten, S. 69.

37 Vgl. hierzu Claudia Hülsken: Die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979 – ein europäisches „Jahrhundertereignis“?, in: Mittag: 30 Jahre Direktwahlen, S. 177–194.

38 So Beate Kohler: Der Abgeordnete als Vertreter des europäischen Volkes? Die Demokratietheorie vor der Bewährungsprobe, in: Europarecht 4 (1978), S. 333–350, hier S. 349.

deutschen MdEP zuvor ein Bundestagsmandat innegehabt haben, während es in der vorangegangenen Wahlperiode noch über 22 Prozent gewesen waren. Vor allem Umfragen machten deutlich, dass sich sukzessive Abkehr vom Bundestag als politischer Arena und eine Hinwendung zur hauptberuflichen Aktivität im transnationalen Raum abzeichnete, die in den folgenden Wahlperioden weiter anhielt.

## Die delegierten sozialdemokratischen Abgeordneten des EP bis 1979

Den Ausführungen dieses ersten Hauptkapitels zu sozialstrukturellen Merkmalen der Europaabgeordneten liegt die Annahme zugrunde, dass sich in allen westlichen Demokratien „typische“ Muster zur Rekrutierung des politischen Führungspersonals herausgebildet haben.<sup>39</sup> Bei diesen Rekrutierungsmustern wird ein zumeist langwieriger Weg vollzogen, der als Laufbahn oder Karriere bezeichnet wird. Diese Karriere vollzieht sich nach allgemeiner Auffassung in Etappen. Im Zuge eines mehr oder weniger vorgegebenen Ablaufs wird eine Stufe auf der Karriereleiter verlassen, um die nächst höhere einzunehmen. Dietrich Herzog definiert Karriere als „eine Sequenz von Positionen (...), die ein Individuum sukzessive durchläuft. Diese Positionen sind (...) in einer hierarchischen Rangordnung im Hinblick auf Einfluß, Prestige und/oder Einkommen gestaffelt. In ihrer ‚subjektiven‘ Dimension stellt eine solche Positionssequenz eine Abfolge von persönlichen Entscheidungen, Verhaltensorientierungen, Anpassungen und Erwartungen unter den jeweiligen sozialen und politischen Strukturbedingungen dar, in denen einzelne Positionen ihren Platz haben. Mit der fortlaufenden Übernahme neuer Positionen ist gewöhnlich ein Lernprozeß verbunden, der auch als ‚Qualifikationsprozeß‘ verstanden werden kann.“<sup>40</sup>

In Anlehnung an diese Definition lassen sich im Laufe einer politischen Karriere vier Phasen unterscheiden, in denen sich eine Person vom bloßen politischen Interesse über zunehmendes politisches Engagement sowie nachfolgende ehrenamtliche Funktionen hin zu einem Berufspolitiker entwickelt.<sup>41</sup> Die Phasen sind als Abschnitte zu verstehen, in denen jeweils Rollen-, Positions- und Statusveränderungen vollzogen wurden. Die erste Phase im Karriereverlauf wird als politische Sozialisation bezeichnet und ist der eigentlichen Karriere

39 Vgl. Dietrich Herzog: Der moderne Berufspolitiker. Karrierebedingungen und Funktion in westlichen Demokratien, in: Hans-Georg Wehling (Hg.): Eliten in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart/Berlin/Köln 1990, S. 28.

40 So Dietrich Herzog: Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen, Opladen 1975, S. 44.

41 Vgl. zum Folgenden grundlegend (mit Blick auf die nationale Ebene) Hans-Dieter Klingemann/Richard Stöss/Bernhard Weßels (Hg.): Politische Klasse und politische Institutionen. Probleme und Perspektiven der Elitenforschung, Opladen 1991; Ursula Hoffmann-Lange: Eliten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1992; Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorf (Hg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen 1997; Jens Borchert (Hg.): Politik als Beruf. Die politische Klasse in westlichen Demokratien, Opladen 1999 und ders.: Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses, Frankfurt am Main 2003; Barbara Wasner: Eliten in Europa. Einführung in Theorien, Konzepte und Befunde, Wiesbaden 2004 sowie zuletzt Andreas K. Gruber: Der Weg nach ganz oben: Karriereverläufe deutscher Spitzenpolitiker, Wiesbaden 2009.

vorgelagert. Sozialisationstheoretische Ansätze gehen von der Annahme aus, dass die Verhaltensmuster von Erwachsenen schon in der Jugend geprägt werden.<sup>42</sup> Versteht man unter Sozialisation die Phase der primären Prägung durch die familiäre Erziehung und der sekundären Prägung durch das schrittweise Einwirken außer- bzw. überfamiliärer Personen, Organisationen und Institutionen, können biografische Etappen, die hinsichtlich der Prägung eines Individuums besonders wichtig sind, u. a. mit den Kategorien Familie (Elternhaus, Religion, Familienstand, soziale Lage, Wohnort), Milieu, Schule, erlernter bzw. ausgeübter Beruf umrissen werden.<sup>43</sup>

An die Phase der politischen Sozialisation schließt sich die Phase der politischen Rekrutierung an. Da politische Parteien eine Art Monopolstellung bei der Rekrutierung und Sozialisation von politischen Führungskräften haben, so dass Nicht-Parteimitglieder quasi vom Wettbewerb um politische Posten ausgeschlossen sind, erfolgt in dieser Phase der Beitritt zu einer politischen Partei. Die eigentliche politische Karriere vollzieht sich in der dritten und für den Elitenbildungsprozess bedeutendsten Karrierephase, in der eine Person politisch verantwortliche Führungspositionen übernimmt. In dieser Phase erfolgt die „Erwachsenen-Sozialisation“, bei der (weitere) politische Werte, Einstellungen und Verhaltensmuster vermittelt werden. Zudem bilden sich in dieser Phase spezielle fachliche Interessen sowie politische Qualifikationen heraus; zugleich identifiziert sich die Person zunehmend mit der politischen Tätigkeit und erkennt in ihr die Möglichkeit einer Berufslaufbahn. Die letzte Phase stellt die Rekrutierung von Personen aus vorgelagerten Positionen in Spitzenpositionen dar und zielt auf die Elitenrekrutierung im engeren Sinne. Das Ausscheiden aus politischen Spitzenpositionen bildet in den meisten Ansätzen hingegen keine eigenständige Karrierephase und spielt nur eine untergeordnete Rolle. Entsprechend diesen Überlegungen kann der heutige Berufspolitiker – zugespitzt formuliert – als „Produkt“ aus einem bestimmten Prozess von Sozialisation, Rekrutierung und Qualifizierung betrachtet werden.

Für das Geburtsdatum der sozialdemokratischen Europaabgeordneten bis 1979 liegt mit 69 Angaben (100 %) eine ebenso perfekte Datendichte vor wie für die Kategorien Sterbedatum, Mandatsbeginn, Mandatsende sowie daraus folgend die Mandatsdauer der Abgeordneten (in Monaten). Auch der erlernte Beruf, die Funktion im EP sowie die Funktion in der Sozialistischen Fraktion konnte für alle 69 sozialdemokratischen Abgeordneten ermittelt werden. Lediglich bei fünf Politikern konnte die Ausbildungsetappe bzw. der Schulabschluss nicht rekonstruiert werden.<sup>44</sup>

42 Vgl. Andreas Gestrich: *Vergesellschaftungen des Menschen. Einführung in die historische Sozialisationsforschung*, Tübingen 1999. Siehe auch Klaus Hurrelmann: *Einführung in die Sozialisationstheorie*, Weinheim u. a. 2006.

43 Seitens der Forschung wird dabei stets betont, dass Sozialisation kein einseitiger Vorgang ist. Vielmehr wirken Individuen, auf die gesellschaftliche, ökonomische, religiöse, politische oder familiäre Faktoren Einfluss nehmen, durch ihr Denken und Handeln wiederum selbst in jene Bereiche hinein und prägen sie dadurch.

44 Zur Veranschaulichung des beschriebenen Sachverhaltes werden die Ausführungen durch statistische Werte ergänzt, bei denen die erste Angabe immer die absolute Zahl darstellt, die zweite die Prozentangabe. Bezugsgröße für die Prozentangaben ist die Gesamtzahl der sozialdemokratischen Abgeordneten vor bzw. nach den ersten Direktwahlen.

Das Alter der Abgeordneten erlaubt wesentliche Rückschlüsse auf generationelle Prägungen, aber auch auf die innere Dynamik des Europäischen Parlaments. Da sich bereits in den 1960er und 70er Jahren die Stimmen mehrten, die einen Sitz im Europäischen Parlament als Altenteil für verdiente Parlamentarier betrachteten, ist eine Analyse dieser Kategorie – und ihrer Relevanz – von besonderer Bedeutung. Mit Blick auf die Verteilung der Geburtsjahrgänge ist zu konstatieren, dass von den 69 sozialdemokratischen Abgeordneten, die bis 1979 im Europäischen Parlament und in seinen Vorgängern vertreten waren, fünf (7,2 %) aus dem 19. Jahrhundert stammten (Willy Odenthal, Jg. 1886; Fritz Henßler, Jg. 1886; Heinrich Sträter, Jg. 1891; Heinrich Imig, Jg. 1893; Gerhard Kreyszig, Jg. 1899). Die größte Kohorte wurde nach der Jahrhundertwende, zwischen 1901 und dem Ende des Ersten Weltkriegs 1918, geboren. Insgesamt 32 (46,4 %) Parlamentarier können dieser Altersgruppe zugeordnet werden, weitere 25 (36,2 %) Abgeordnete wurden in der Weimarer Republik geboren. In der Zeit des Nationalsozialismus kamen sieben Abgeordnete (10,1 %) zur Welt. Die beiden jüngsten Abgeordneten unter den bis 1979 im EP vertretenen Sozialdemokraten sind Lothar Ibrügger (Jg. 1944) und Hans-Joachim Hoffmann (Jg. 1945). Dass Vertreter dieser Jahrgänge Ausnahmen der Regel waren, verdeutlicht auch der durchschnittliche (rechnerische) Geburtsjahrgang, der im Jahr 1916 liegt.<sup>45</sup>

Mit Blick auf die unterschiedlichen Kohorten kann auch für das Europäische Parlament die Annahme herangezogen werden, dass generationelle Einheiten entstehen, die sich durch prägende Erfahrungen und vergleichbare Wahrnehmungen bilden und kollektive Impulse hervorbringen können.<sup>46</sup> Für Karl Mannheim, einen der wichtigsten Vertreter dieses Ansatzes, sind in erster Linie biologische und sozialhistorische Faktoren von Bedeutung. Mannheim geht davon aus, dass ein Geburtsjahrgang in einer bestimmten Lebensphase – in der Regel zwischen dem 14. und 25. Lebensjahr – sozialisiert wird. Mannheim betont in diesem Zusammenhang aber auch, dass eine Gruppe von Menschen, die eine Alterskohorte bildet, nicht zwangsläufig eine Generation formiert. Vielmehr bedarf es nachhaltiger Prägungen und Erfahrungen, damit aus einer Alterskohorte eine Generation wird. Erlebnisse und Strukturen müssen in ähnlicher Form erfahren, gedeutet und vor allem als Gemeinsamkeit begriffen werden, um die Entstehung eines Generationenbewusstseins oder gar einer Generationenidentität zu ermöglichen.<sup>47</sup> Mit Blick auf die sozialdemokratischen Europaab-

45 Vgl. zu den generationellen Prägungen dieser Jahrgänge Klaus Tenfelde: Generationelle Erfahrungen in der Arbeiterbewegung bis 1933, in: Klaus Schönhoven/Bernd Braun (Hg.): Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005, S. 17–49.

46 Die Begriffe Generation und Kohorte haben in den vergangenen beiden Dekaden eine Renaissance erfahren. Vgl. grundlegend Andreas Schulz/Gundula Grebner: Generation und Geschichte. Zur Renaissance eines umstrittenen Forschungskonzepts, in: dies. (Hg.): Generationswechsel und historischer Wandel, München 2003, S. 1–23; Jürgen Reulecke (Hg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003 sowie als zentrales Referenzwerk Karl Mannheim: Das Problem der Generationen, in: ders.: Wissenssoziologie. Auszug aus dem Werk, hg. von Kurt Wolff, Berlin u. a. 1965, S. 509–565. Mannheim unterscheidet Grade der generationellen Bindung (Generationslage, Generationszusammenhang, Generationseinheit).

47 Vgl. demgegenüber kritisch Schulz und Grebner (S. 22 f.), die die „kulturelle Prägung und das kulturelle Verhalten von Generationen“ ins Blickfeld rücken.

geordneten bis 1979 kann konstatiert werden, dass der Niederlage im Ersten Weltkrieg und noch stärker den Jahren der Weimarer Republik – vor allem ihrer Krise und ihres Untergangs – zentrale Bedeutung zukommt. Die Kenntnisse über das Scheitern demokratischer Strukturen und den Siegeszug der NS-Diktatur werden, was in einer stärker qualitativen Studie näher auszuloten wäre, demzufolge erhebliche Auswirkungen auf die Prägung der Europaabgeordneten ausgeübt haben und das europäische Engagement im Sinne einer friedensstiftenden Idee womöglich überhaupt erst erklären können.

Die Kategorie Geschlecht bzw. das Verhältnis des Männer- und Frauenanteils in Parlamenten gilt als zentrales Merkmal für die Verwirklichung sozialer Gleichberechtigung in Repräsentativorganen. Vor allem seitens der Sozialdemokratie wird dieser Kategorie besondere Bedeutung beigemessen, verstand sie sich doch stets als Anwältin der Gleichberechtigung, die insbesondere mit dem Einsatz für das Frauenwahlrecht und einer traditionell höheren Repräsentanz weiblicher Abgeordneter begründet wurde. Mit Blick auf die Delegationsmodi zum Europäischen Parlament kann von einer angemessenen Geschlechtervertretung oder gar Gleichberechtigung jedoch keine Rede sein. Bis 1979 wurden gerade einmal drei Frauen (Ilse Elsner, Elisabeth Orth, Käte Strobel) ins Europäische Parlament delegiert; dies entspricht einem Anteil von 4,3 Prozent. Auffällig ist indes, dass zwei der drei Frauen höhere Positionen innehatten: Ilse Elsner war u. a. von 1964 bis 1970 Vorsitzende des Wirtschafts- und Finanzausschusses und Käte Strobel von 1962 bis 1964 zunächst Vizepräsidentin und dann bis 1967 Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion.

Um Rückschlüsse auf die Binnendynamik des Europäischen Parlaments zu ziehen, ist weniger der jeweilige Geburtsjahrgang der Abgeordneten als das Alter zum Zeitpunkt der Wahl entscheidend. Die Spannweite des Alters bei der Erstwahl reicht von vergleichsweise jungen 33 Jahren (Hans Apel, Jg. 1932, EP-Eintritt im Jahr 1965) bis zu erfahrenen 73 Jahren (Willy Odenthal, EP-Eintritt im Jahr 1962). Zwischen diesen beiden Eckpunkten findet sich unter den sozialdemokratischen Europaabgeordneten fast jedes Alter beim Eintritt ins EP repräsentiert. Die stärkste Kohorte wird durch das Eintrittsalter zwischen 42 und 57 Jahren gebildet. Mehr als die Hälfte aller sozialdemokratischen Europaabgeordneten (56,5%) wurde in dieser Altersspanne erstmals Mitglied des Europäischen Parlaments; die sozialdemokratischen Abgeordneten besaßen damit beim Einzug ins Parlament im Durchschnitt ein Alter von Ende 40 (48,7 Jahre). Damit entspricht der Altersschnitt in etwa dem durchschnittlichen Eintrittsalter der deutschen Bundestagsabgeordneten,<sup>48</sup> woraus gefolgert werden kann, dass der Kategorie Erfahrung bei der Delegation der sozialdemokratischen Europaabgeordneten eine gewisse Bedeutung zukam, insgesamt jedoch kein einheitlicher Typus auszumachen ist.

Die Dauer der Parlamentszugehörigkeit der jeweiligen Abgeordneten kann ebenfalls Aufschluss über die Dynamik und die Professionalität des Parlaments geben. Die Varianz der Mandatsdauer für den Untersuchungszeitraum bis 1979 ist erneut beträchtlich: Während sich einige Abgeordnete über Jahre hinweg im EP engagierten, statteten ihm andere nur

48 Vgl. Peter Schindler: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949–1999, Bd. 1, Baden-Baden 1999, S. 564.

kurze Stippvisiten ab. Ludwig Fellermaier war 1979 bereits 222 Monate Mitglied des Europäischen Parlaments, Hermann Spillecke hingegen saß nur vier Monate im Parlament. Bei beiden Abgeordneten sind indes besondere Umstände zu berücksichtigen: Fellermaier gehörte zu den wenigen Sozialdemokraten, die sowohl vor als auch nach der Direktwahl Parlamentsmitglieder waren, was seine Mandatsdauer nach 1979 auf insgesamt 21 Jahre anstiegen ließ. Hermann Spillecke schied vorzeitig und ungeplant aus dem Parlament aus: Im Mai 1977 war er an Herzversagen im Alter von 53 Jahren gestorben und in seinem Bundestagsbüro tot aufgefunden worden.

Obwohl Spitzhüttl und Lüke 1983 darauf hinwiesen, dass das Europäische Parlament grundsätzlich durch eine hohe Fluktuation gekennzeichnet ist,<sup>49</sup> blieben die sozialdemokratischen Abgeordneten bemerkenswerterweise tendenziell eher länger als kürzer im Europäischen Parlament. Von den 69 Abgeordneten verweilten 17 Abgeordnete (24,6%) zwei Jahre oder kürzer im Europäischen Parlament, nur sechs von diesen 17 Abgeordneten (35,3%) waren lediglich ein Jahr oder kürzer im Parlament repräsentiert (Hermann Spillecke: 4 Monate, Hans Georg Schachtschnabel: 7 Monate, Detlef Haase: 7 Monate, Hermann Haage: 11 Monate, Hugo Hein: 12 Monate, Georg Leber: 12 Monate). Diese kurze Mandatsdauer war ungewöhnlich, die Mehrheit der Abgeordneten gehörte deutlich länger dem EP an. Denn 49 Abgeordnete (71%) blieben 30 Monate oder länger im Parlament, immerhin 32 von diesen Abgeordneten (65,3%) blieben 50 Monate oder länger, und wiederum die Hälfte von ihnen (16 Abgeordnete, 50%) gehörte über 100 Monate – und damit mehr als acht Jahre – als Mitglied dem Europäischen Parlament an. In der Zeit der Gemeinsamen Versammlung der EGKS schieden in der SPD mit Fritz Henßler und Heinrich Imig lediglich zwei Abgeordnete vor dem Jahr 1958 aus, während in der CDU im gleichen Zeitraum bereits zehn Wechsel zu verzeichnen waren. Die durchschnittliche Mitgliedschaft im Europäischen Parlament betrug bei den sozialdemokratischen Europaabgeordneten bis 1979 rechnerisch 62 Monate. Die Heterogenität der sozialdemokratischen Abgeordneten spiegelte sich auch in der Mandatsdauer der parlamentarischen Prominenz wider: Mit Erich Ollenhauer und Herbert Wehner (jeweils 66 Monate) bewegten sich zwei der prominentesten Abgeordneten im Rahmen der durchschnittlichen Verweildauer, mit Georg Leber (12 Monate) und Hans-Jürgen Wischnewski (39 Monate) blieben zwei spätere Minister aber auch deutlich unterhalb des Durchschnitts.

Die Kategorien Bildung und Beruf zielen jeweils in dieselbe Richtung: Sie erlauben einerseits Rückschlüsse, ob und inwieweit Europaabgeordnete in ihrer Zusammensetzung die Wähler repräsentieren, womit im Sinne eines normativen Repräsentationsansatzes auf die Rolle von Vertretungskörperschaften abgehoben wird, die als Spiegel der Gesellschaft fungieren und somit die gesellschaftliche Heterogenität verkörpern sollen. Angesichts der Komplexität und Heterogenität der Gesellschaft, aber auch infolge der Anforderungen des modernen Parlamentarismus ist diese Forderung indes kaum zu erfüllen.<sup>50</sup> Andererseits zei-

49 Vgl. Rolf Spitzhüttl/Ulrich Lüke: *Das Europäische Parlament zwischen Chaos und Courage*, Bonn 1983, S. 71.

50 Vgl. zur Diskussion Stefan Marschall: *Parlamentarismus. Eine Einführung*, Baden-Baden 2005, S. 53.

gen die Kategorien, ob bestimmte berufliche Qualifikationen einer parlamentarischen Karriere förderlich sind. Damit weisen sie auch auf die Professionalisierung bzw. Akademisierung des Parlaments hin. Vor 1979 hielten sich Akademiker und Nichtakademiker unter den sozialdemokratischen Abgeordneten genau die Waage: 32 Abgeordnete (50 %) besaßen einen Universitätsabschluss, elf von ihnen (34,4 %) waren promoviert und weitere 32 Abgeordnete (50 %) hatten nicht studiert. Mehr als die Hälfte, nämlich 41 (64,1 %) Abgeordnete, hatte die Hochschulreife erreicht, 15 Mandatsträger (23,4 %) verfügten über einen Volksschulabschluss. Diese Zahlen verdeutlichen, dass die sozialdemokratischen Europaabgeordneten zwar nicht die Pluralität der Gesellschaft widerspiegeln, aber sozialstrukturell doch eine gewisse Bandbreite verkörpern, die nicht notwendigerweise ein Studium umschließen musste. Vor ihrer parlamentarischen Karriere arbeiteten die sozialdemokratischen Mandatsträger überwiegend in kaufmännischen oder akademischen Berufen. Die meisten Abgeordneten kamen aus kaufmännischen Bereichen und waren somit zum Großteil nicht studiert bzw. hatten nicht zwingend das Abitur vorzuweisen (elf Abgeordnete, 15,9 %). Sie wurden aber dicht von Juristen gefolgt, aus denen sich eine größere Kohorte rekrutierte (zehn Abgeordnete, 14,5 %). Auch Journalisten, bei denen es in der Sozialdemokratie traditionell eine starke Verbindung zwischen Funktion und Amt gab, saßen in größerer Anzahl im Europäischen Parlament (sieben Abgeordnete, 10,1 %).<sup>51</sup> Unter den sozialdemokratischen Abgeordneten fanden sich aber auch viele Mandatsträger, die ihre beruflichen Karrieren als „klassische“ Arbeiter begonnen oder handwerkliche Berufe gelernt hatten (zwölf Abgeordnete, 17,4 %). Walter Arendt, Karl Bergmann und Heinrich Imig kamen aus dem Bergbau, Kurt Conrad war Werkmeister, Walter Faller Mechaniker, Hermann Haage Tapezierer, Detlef Haase Zimmermann, Erwin Lange Schriftsetzer und Peter Würtz Schlosser. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass einige Abgeordnete nur zeitweise in ihren erlernten Berufen tätig gewesen waren, wie beispielsweise Fritz Henßler, der zwar gelernter Buchdrucker und Schriftsetzer war, jedoch kurz nach der Lehre bei der Dortmunder Arbeiter-Zeitung als politischer Redakteur sein Geld verdiente und somit im Grunde genommen zu den Journalisten zu zählen ist. Auch Gerhard Flämig arbeitete als Redakteur, hatte aber erst eine Lehre zum Schriftsetzer absolviert. Anders war es beim ehemaligen Verteidigungsminister Georg Leber, der nach einer kaufmännischen Ausbildung noch eine Mauerlehre abschloss, anschließend im Baugewerbe tätig war und der IG Bau-Steine-Erden beitrug, für die er auch als Funktionär und Redakteur tätig war. Erneut wird so deutlich, wie wichtig es ist, die statistischen Werte zu deuten und zu interpretieren.

Für die Europaforschung ist es des Weiteren von Interesse, welche politische Karriere die Abgeordneten vor ihrer Wahl ins Europäische Parlament eingeschlagen hatten. Der Blick auf vorangegangene bzw. nachfolgende politische Tätigkeiten und Parlamentsmandate der Abgeordneten außerhalb des EP ermöglicht ebenso wie die Kategorien Bildung und Beruf

51 Karrieren in der SPD zeigen, dass „von den insgesamt 215 Parlamentariern, die die Sozialdemokratie von 1867 bis 1918 im Reichstag vertraten, 114 Journalisten mit Mandat waren“. Waltraud Sperlich: *Journalist mit Mandat. Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und ihre Arbeit in der Parteipresse 1867–1918*, Düsseldorf 1983, S. 10.



Aufschluss über die Bedeutsamkeit und Professionalisierung des Europäischen Parlaments, sodass Karrierewege analysiert und gegenübergestellt werden. Solch eine Analyse kann letztlich klären, ob der Mitgliedschaft im Europäischen Parlament eine nationale parlamentarische Sozialisation voranging oder ob das Europäische Parlament vielleicht selbst zur Sozialisationsinstanz nationaler Parlamentarier avancierte. Mittels der ausgeübten Funktionen der Abgeordneten im Europäischen Parlament kann herausgearbeitet werden, inwieweit die Parlamentarier das Europäische Parlament als eine Stufe auf der Karriereleiter betrachteten, die sie weiter nach oben bringen konnte. Außerdem kann geprüft werden, ob bestimmte Ausschüsse oder Funktionen den sozialen Aufstieg von Parlamentariern eher begünstigten oder vorantrieben als andere. Bis 1979 waren die sozialdemokratischen Abgeordneten vor ihrer Mitgliedschaft im Europäischen Parlament aufgrund des Doppelmandats bereits Mitglieder des Deutschen Bundestags. Auch neben dem Bundestagsmandat hatten sich sozialdemokratische Parlamentarier in der Partei und den Vorfeldorganisationen der Arbeiterbewegung engagiert. Zwar hatten einige Abgeordnete bereits eine gehobene Position in der Partei inne, andere engagierten sich hingegen eher auf regionaler Ebene oder waren in Gewerkschaften aktiv. Hinsichtlich der Zusammensetzung der sozialdemokratischen Abgeordneten scheint sich somit Peter Reichels genereller Eindruck zu bestätigen, dass das Europäische Parlament nicht homogen und nur begrenzt elitär strukturiert war: „Ehemalige Minister, Staatssekretäre und Ministerialbeamte saßen und sitzen hier neben jungen, am Beginn ihrer parlamentarischen Karriere stehenden Abgeordneten, die in dieser Institution Möglichkeit finden, sich zu Experten zu entwickeln. Hinzu kommen Verbandsvertreter, Gewerkschafts- und Parteifunktionäre.“<sup>52</sup>

Zugleich hatten nur wenige der sozialdemokratischen Abgeordneten bereits vor ihrem Mandat im Europäischen Parlament explizit ihre Fühler im Themenfeld Europa ausgestreckt. Aus diesen beruflichen Strukturen lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass die sozialdemokratischen MdEP keine besondere berufliche Verbindung zu „Europa“ aufwiesen, sondern diese erst während der Parlamentstätigkeit erwarben. Hans Apel, der 1965 ins EP eintrat und sofort das Amt des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden übernahm, zählte zu den Ausnahmen. Er war zuvor als Sekretär der Sozialistischen Fraktion im EP und anschließend beim Generalsekretariat des EP als Abteilungsleiter der Bereiche Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie Verkehrspolitik tätig gewesen. Auf diesem Wege hatte er bereits vor seinem Mandat den Parlamentsalltag kennenlernen können. Auch Gerhard Fläming, der vor seiner Mitgliedschaft im Europäischen Parlament von 1970 bis 1979 bereits Mitglied im Hauptausschuss des Rats der Gemeinden Europas gewesen war, wich hier von der Norm ab. Fritz Corterier bekleidete zudem als Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats ein doppeltes europäisches Mandat, das neben ihm nur noch der Christdemokrat Hans Furler besaß.<sup>53</sup>

Einige sozialdemokratische Abgeordnete erlangten im Europäischen Parlament höhere Positionen und fungierten als stellvertretende Vorsitzende der Fraktion (Hans Apel, Werner

52 Zit. nach Reichel: Bundestagsabgeordnete in europäischen Parlamenten, S. 27.

53 Vgl. Reichel: Bundestagsabgeordnete in europäischen Parlamenten, S. 43.

Arendt, Harri Bading, Herbert Kriedemann, Ludwig Metzger, Erich Ollenhauer), als Vorsitzende der Fraktion (Ludwig Fellermaier, Käte Strobel) oder als Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (Rudolf Adams, Walter Behrendt, Hellmut Kalbitzer, Gerhard Kreyssig, Ludwig Metzger, Käte Strobel). Walter Behrendt schaffte es sogar zum Präsidenten des Europäischen Parlaments (1971–1973).

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Europaabgeordneten vor 1979 ist mittlerweile verstorben. Von den 69 Abgeordneten waren zum Ende des Jahres 2011 noch 16 am Leben (23,2%). Die nicht mehr Lebenden (76,8%) verstarben im langen Zeitkorridor zwischen 1953 und 2011. Das durchschnittliche Sterbedatum der Europaabgeordneten liegt rechnerisch im Jahr 1987 und bei einem Altersschnitt von 75 Jahren.

Fasst man die Ergebnisse der kollektivbiografischen Untersuchung für den Zeitraum bis 1979 zusammen und hebt das Typische bzw. Allgemeine der sozialdemokratischen Europaabgeordneten hervor, so ergibt sich das folgende Ergebnis, das – je nach Art der Lebenslaufvariablen – die dichtesten Verteilungen, die Modalwerte oder das arithmetische Mittel zu einem „individualbiografischen Konstrukt“ zusammenfügt. Der typische sozialdemokratische Europaparlamentarier bis 1979

- wurde nach der Jahrhundertwende im wilhelminischen Kaiserreich geboren (Ø Geburtsjahr = 1916)
- war männlichen Geschlechts (66 männlich, 3 weiblich)
- besaß als höchsten Bildungsabschluss das Abitur (41 von 64 Abgeordneten, zu denen Daten vorliegen; Studium = 32)
- hatte vor der politischen Karriere den Beruf des Kaufmannes oder des Juristen ausgeübt (11 bzw. 10 von 69)
- war vor dem Eintritt in das EP bereits Bundestagsabgeordneter und übte hervorgehobene politische Aktivitäten neben dem Bundestagsmandat aus
- war bei der ersten Delegation in das Europäische Parlament 48,7 Jahre alt (Ø Eintrittsjahr = 1964)
- blieb für eine Dauer von rund fünf Jahren (62 Monaten) im Europäischen Parlament
- zog 1979 nicht mehr in das erste direkt gewählte Europäische Parlament ein (nur vier von 15 möglichen Abgeordneten)
- übte nach der Tätigkeit im EP keine hervorgehobene Position mehr aus
- nahm im Europäischen Parlament keine höhere Funktion in der Fraktion oder Parlamentsorganisation ein (Präsident des EP = 1, Vizepräsident = 6)
- starb im Alter von 75 Jahren (Ø Sterbejahr = 1987)

### Die direkt gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten des EP nach 1979

Der Direktwahlbeschluss 1976 und die erste Direktwahl 1979 markierten einen zentralen Einschnitt in der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments. Zwei Drittel der „alten“, noch von den nationalen Parlamenten ernannten Abgeordneten gehörten dem direkt gewählten EP von 1979 nicht mehr an. Im Umkehrschluss bedeutete dies, dass über 350 Parlamentarier und damit 82% der Abgeordneten 1979 als „Neuparlamentarier“ in das EP

eingezogen. Ein nicht unbeträchtlicher Anteil von ihnen rückte dabei überhaupt erstmals in eine parlamentarische Repräsentativversammlung ein. Insgesamt sammelten mehr als 40 % der 1979 neu gewählten Europaabgeordneten ihre ersten parlamentarischen Erfahrungen im Europäischen Parlament. Als Impulse für die Bewerbung um ein Mandat zur Direktwahl wird – wie zu Beginn der EGKS-Versammlung in den 1950er Jahren – zahlreichen Europaparlamentariern das persönliche Engagement für die europäische Einigung als ausschlaggebender Beweggrund zugesprochen.

Im Zuge der ersten Direktwahl spielte der Faktor Prominenz für die deutsche Sozialdemokratie eine zentrale Rolle: Bei der Nominierung von Europawahlkandidaten wurde vor allem auf öffentlich bekannte Persönlichkeiten gesetzt. Mit dem Ziel eines Mobilisierungseffektes zierten auffällig viele nationale Spitzenpolitiker und Verbandsfunktionäre die vordersten Plätze der Wahlliste. So waren auf der Kandidatenliste der SPD unter anderem der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt (Listenplatz 1), der DGB- und EGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter (Listenplatz 2), der ehemalige Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen Heinz Kühn (Listenplatz 5) sowie Eugen Loderer (Listenplatz 6), der damalige Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, und Karl Hauenschild (Listenplatz 8), Vorsitzender der IG Chemie, vertreten. Die Rechnung – politische Prominenz mobilisiert Wähler – ging jedoch nur zu Teilen auf. Erhebliche mediale Aufmerksamkeit wurde zwar im Wahlkampf erzielt, zugleich wurde aber auch die latent kritische Sicht auf die Straßburger Parlamentarier noch geschürt. Im „Spiegel“ stand unter der Überschrift „Ausgediente Regenten und abgemusterte Volksvertreter drängen in das Europäische Parlament“ zu lesen: „Was da zum Run auf supranationale Versorgungsposten antritt, erinnert eher an eine Vereinigung potentieller Memoirenschreiber.“<sup>54</sup> Kaum weniger schmeichelhaft fielen die Bemerkungen aus, als Eugen Loderer und Karl Hauenschild bereits nach einem halben Jahr ihr Straßburger Mandat wieder aufgaben. Letzterer hatte noch im Vorfeld der Wahlen erklärt, dass er davon ausgehe, dass „die zeitliche Belastung im Europäischen Parlament nicht so stark sein wird wie die Inanspruchnahme etwa eines Bundestagsabgeordneten“.<sup>55</sup> In der öffentlichen Wahrnehmung verschärften sich die Vorwürfe noch weiter, als Willy Brandt und andere prominente EP-Parlamentarier in den folgenden Monaten lediglich begrenzte Aktivitäten entwickelten.<sup>56</sup> Über Willy Brandt, der sein Mandat schließlich Anfang 1983 niederlegte, hatte Martin Bangemann verlauten lassen: „Der schwebt hier rein, gibt ein Pressekränzchen und haut wieder ab, kein einziges Sitzungsdokument in der Tasche.“<sup>57</sup> Inse-

54 Der Spiegel, 11.9.1978.

55 Gewerkschafter für Europa. Gewerkschafter begründen ihre Kandidatur für die Direktwahl zum Europäischen Parlament (Karl Hauenschild), in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5 (1979), hier S. 291–295.

56 Helmut Kohl und Franz-Josef Strauß hatten im Vorfeld der Wahl Kritik auf sich gezogen, als sie zunächst erklärten, sich um ein Mandat im Europäischen Parlament bewerben zu wollen, dann jedoch aus primär innenpolitischen Gründen davon Abstand nahmen.

57 Zit. nach Spitzhüttl/Lüke: Das Europäische Parlament zwischen Chaos und Courage, S. 105. Mit ihrer kurzen Mandatsdauer standen die angeführten deutschen Sozialdemokraten in einer Reihe mit Politikern aus den europäischen Nachbarländern wie François Mitterrand und Jacques Chirac, Bettino Craxi und Emilio Colombo, Leo Tindemanns, Pierre Werner und Gaston Thorn, die allesamt das Europäische Parlament vor Ende der Wahlperiode wieder verließen.

samt schied jeder dritte Abgeordnete vor Ende der Wahlperiode aus. Dies war zum Teil auch auf das Rotationsverfahren zurückzuführen, das etwa die französischen Gaullisten ihren Abgeordneten verordnet hatten, lag vor allem aber an dem höchst spannungsreichen Verhältnis von medialer Aufmerksamkeit, legislativen Kompetenzen und persönlicher Einsatzbereitschaft in der ersten Wahlperiode des Europäischen Parlaments.

Angesichts dieser Konstellation avancierte das erste direkt gewählte Europäische Parlament zu einem Sonderfall. Es war noch bunter als 350 neue Abgeordnete mit neun bzw. zehn unterschiedlichen Parlamentstraditionen und die noch nicht eingespielten Strukturen mit fehlenden Sitzungssälen und Büros, sogar mangelnder Telekommunikation es ehemals erwarten ließen. Mit den zweiten Direktwahlen 1984 zeichnete sich dann jedoch eine gewisse Normalisierung und die Herausbildung neuer Typen von Europaabgeordneten ab. So können zahlreiche Parlamentarier identifiziert werden, die 1979 erstmals ins Europäische Parlament gewählt wurden und dort mehrere Wahlperioden blieben. Namen wie Klaus Hänsch, Mechthild Rothe oder Willi Rothley stehen auch in der deutschen Sozialdemokratie stellvertretend für diesen Typus.

Nimmt man in kollektivbiografischer Perspektive die SPD-Abgeordneten für den Zeitraum von 1979 bis 2009 ins Blickfeld, der auch die bei den siebten Europawahlen im Juni 2009 gewählten Sozialdemokraten umfasst,<sup>58</sup> so ergibt sich eine Gruppe von 105 Abgeordneten, für die biografische Angaben vorliegen. Vier Abgeordnete waren auch schon vor der Zäsur 1979 Mitglieder des Europäischen Parlaments gewesen (Hellmut Sieglerschmidt, Erwin Lange, Horst Seefeld, Ludwig Fellermaier). Diese Gesamtzahl umfasst auch 14 Nachrücker und acht Beobachter seit 1990 (Gerhard Botz, Norbert Glante, Constanze Krehl, Erika Mann, Ulrich Stockmann, Christof Tannert sowie Walter Romberg und Edelbert Richter).<sup>59</sup> Die Gründe für das Nachrücken im EP können exemplarisch anhand der ersten Mandatsperiode verdeutlicht werden, als für fünf Sozialdemokraten, die ihr Mandat jeweils in der ersten Direktwahl am 17. Juli 1979 erhalten hatten, andere nachrückten. Die Gründe hierfür waren vielfältig: Helmut Rieger ersetzte seit November 1980 Heinz Schmitt, der 15 Monate im Ausschuss für Außenwirtschaftsbeziehungen aktiv gewesen und am 30. Oktober 1980 verstorben war. Rieger selbst blieb eine Mandatsperiode im Amt. Dieter Rogalla rückte am 30. September 1981 für Erdmann Linde nach, der aufgrund neuer Aufgaben beim WDR ausschied. Bei der folgenden Parlamentswahl 1984 wurde Rogallas Platz durch die Wähler bestätigt, und auch in der Wahl im Juli 1989 wurde er für eine erneute Mandatsperiode ins Parlament gewählt. Nach Ablauf dieser Wahlperiode trat Rogalla in den Ruhestand und wurde nach 13-jähriger Mitgliedschaft im Parlament – wie andere Parlamentarier auch –

58 Den hier angestellten Berechnungen für aktuelle Mandatsinhaber ist der 31.12.2011 als Referenzzeitpunkt für Angaben wie die Mandatsdauer zugrunde gelegt worden.

59 Die Beobachter wurden am 28.9.1990 von der DDR-Volkskammer gewählt und in das EP delegiert. Nach der Wiedervereinigung erhielten sie im Februar 1991 ihr Mandat vom Bundestag erneut bestätigt. Die Beobachter sind in die folgenden Ausführungen und Berechnungen – mit Ausnahme der Mandatsdauer, da sie formal kein Stimmrecht hatten – einbezogen. Seitens des Generalsekretariats des EP werden sie nicht geführt, in Selbstdarstellungen treten sie hingegen mit dem Kürzel „MdEP“ in Erscheinung.

zum Ehrenmitglied ernannt.<sup>60</sup> Auch Karl-Heinrich Mihr, der für den IG-Metall-Vorsitzenden Eugen Loderer im Januar 1980 ins Parlament nachrückte, blieb bis 1994 EP-Abgeordneter und war in verschiedenen Ausschüssen aktiv. Für den Vorsitzenden der IG Chemie Karl Hauenschild, der ebenfalls nur bis Januar 1980 im EP saß, rückte Fritz Gautier nach, der bis 1987 im EP blieb und Stellvertreter im Ausschuss für Landwirtschaft war. Willy Brandts Nachrücker, Hermann Heinemann, blieb selbst zwar auch nur anderthalb Jahre im EP, wurde aber später als Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen bekannt. Legt man diesen Überblick zugrunde, sind Nachrücker nicht bloß als „Ersatzmänner“ abzutun. Vielmehr fügten sie sich ins Parlament ein, nutzten aber auch sich bietende Chancen für die weitere politische Karriere.

Die Kohorte der sozialdemokratischen Europaabgeordneten erfuhr nach 1979 keine drastische Verjüngung. Sechs Abgeordnete (5,7%) wurden im Kaiserreich geboren und waren beim Eintritt in das EP über 60 Jahre alt: Heinz Kühn (Jg. 1912; Wahl mit 67 Jahren), der bis heute der älteste sozialdemokratische Abgeordnete im EP bleiben sollte, Willy Brandt (Jg. 1913, Wahl mit 66 Jahren), Erwin Lange (Jg. 1914, Wahl 1970 mit 65 Jahren), Hellmut Sieglerschmidt (Jg. 1917, Wahl 1977 mit 62 Jahren), Heinz Oskar Vetter (Jg. 1917, Wahl mit 62 Jahren), Luise Herklotz (Jg. 1918, Wahl mit 61 Jahren). 21 Mandatsträger kamen in der Weimarer Republik (20%) und 35 (33,3%) in der NS-Zeit zur Welt. 33 Parlamentarier (31,4%) sind in der Nachkriegszeit zwischen 1945 und 1958 geboren und zehn (9,5%) zwischen 1960 und 1975. Mit Blick auf Überlegungen zur generationellen Prägung kommt damit den 1950er Jahren besondere Bedeutung zu, in denen die Mehrheit der Abgeordneten die sozialisationstheoretisch maßgeblichen Jahre erlebte.

Auffällig ist, dass die bei Mandatsantritt älteren Abgeordneten durchweg im Jahr 1979 ins Europäische Parlament gewählt wurden oder bereits vor 1979 Parlamentsmitglieder waren (so Erwin Lange und Hellmut Sieglerschmidt). Somit verstärkt sich der Eindruck, dass bei den ersten EP-Wahlen 1979 die Kriterien „Alter“, „Erfahrung“ und auch „Prominenz“ eine ausschlaggebende Rolle spielten. Werden jedoch die 35 sozialdemokratischen Abgeordneten, die 1979 als direktgewählte Mitglieder ins Parlament eintraten, in ihrer Gesamtheit in den Blick genommen, verschiebt sich das Bild. Immerhin 19 Mandatsträger waren jünger als 50 Jahre (54,3%), rund die Hälfte von diesen Abgeordneten war unter 40 (10 Abgeordnete, 52,6%). Gerd Walter war bei seiner Wahl 1979 erst 30 Jahre alt und sollte mit Fritz Gautier, der ebenfalls im Alter von 30 Jahren 1980 ins EP nachrückte, bis heute der jüngste sozialdemokratische Abgeordnete überhaupt bleiben. Andere Sozialdemokraten waren nicht wesentlich älter (Gerhard Schmid: 33 Jahre; Beate Weber: 36 Jahre; Erdmann Linde: 36 Jahre). Damit saßen nach wie vor erfahrene, etablierte, bekannte Politiker neben noch unbekanntem Neulingen, die sich erst einen Namen zu machen hatten. Bei der ersten Direktwahl kam eine 5/6-Mehrheit der gesamten Abgeordneten neu ins EP, die zu Teilen eben auch ganz neu auf der politischen Bühne standen. Und für die alltägliche, praktische Parlamentsarbeit schienen Vorerfahrungen und Routine im Grunde genommen kaum eine Rolle zu spielen – der CDU-Politiker Konrad Schön, selbst MdEP seit der ersten Direktwahl, brachte es folgen-

60 Vgl. auch Dieter Rogallas Bildbiografie: Eurogalla. Rad schlagen ohne Pfau zu werden, Berlin 2007.

derweise auf den Punkt: „Wer sich mit Fleiß einarbeitet, wird hier schnell integriert und auch ernst genommen“. <sup>61</sup> Viele neue Abgeordnete spezialisierten und konzentrierten sich zunächst auf ein überschaubares Gebiet, was auch bei den sozialdemokratischen Mandatsträgern festzustellen ist. Klaus Wettig beschäftigte sich vor allem mit agrarpolitischen Fragen in Portugal, Heidemarie Wiczorek-Zeul widmete sich der konfliktbehafteten Region Zentralamerika, Gerhard Schmid und Fritz Gautier, beide promovierte Chemiker, blieben auch als Parlamentarier im Grunde Forscher. <sup>62</sup>

Trotz der jüngeren Kollegen war es im Fall der sozialdemokratischen Abgeordneten aber augenscheinlich vor allem die ältere Prominenz, wie Willy Brandt oder Heinz Oskar Vetter, die sich in den Köpfen der Menschen festsetzte und auf die im SPD-Wahlkampf vor der ersten Direktwahl auch bewusst gesetzt wurde. Unter dem Slogan „Unser Wort gilt in Europa. Mit Willy Brandt und Helmut Schmidt“ posierte der Spitzenkandidat gemeinsam mit Bundeskanzler Schmidt lächelnd für die Wähler. So wurde die Sicht auf ihre jüngeren, unbekannteren Kollegen versperrt und das Europäische Parlament galt – obwohl das tatsächliche Alter der jeweiligen Abgeordneten 1979 weit auseinanderklaffte – durchweg als „alt“. Nicht nur der viel zitierte „Opa“, der nach „Europa geschickt“ wurde, brannte sich mit dieser Wahlperiode tief in das kollektive Gedächtnis ein, sondern auch das allgemein kritische Bild der Europaabgeordneten nahm hier seinen Ausgang. Verknüpft wurden die kritischen Anmerkungen stets mit einer skeptischen Betrachtung der Parlamentskompetenzen. So stand im Nachrichtenmagazin „Stern“ im Herbst 1982 anlässlich einer Halbzeitbilanz des Parlaments zu lesen: „Nur eine demokratische Mogelpackung“. <sup>63</sup> Insgesamt betrachtet traten die sozialdemokratischen Abgeordneten zwischen 1979 und 2009 bzw. 2011 nun mit etwa Mitte 40 (46,8 Jahre) und nicht mehr mit 48,7 Jahren erstmals ins Parlament ein. Sowohl vor 1979 als auch nach der ersten Direktwahl standen die sozialdemokratischen Abgeordneten im Durchschnitt also weder am Anfang noch am Ende ihrer politischen Karriere.

Auch in der Zeitphase nach 1979 blieb die Gruppe der sozialdemokratischen Europaabgeordneten männlich geprägt, jedoch hatte der Anteil der Frauen deutlich zugenommen. Im ersten direkt gewählten Parlament saßen mehr Frauen als in den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten. Christa Randzio-Plath, selbst Abgeordnete des EU-Parlaments von 1989 bis 2004, bezeichnete die erste Europawahl vor diesem Hintergrund sogar als „Frauenwahl“. <sup>64</sup> So wurde auch Simone Veil, Spitzenkandidatin der französischen UDF bei der ersten Direktwahl, als erste Frau zur Präsidentin des Parlaments gewählt. Fünf Sozialdemokratinnen (Katharina Focke, Luise Herklotz, Magdalene Hoff, Lieselotte Seibel-Emmerling, Beate Weber) wurden 1979 ins Parlament gewählt. Somit saßen nach der ersten Direktwahl mehr Frauen unter den deutschen Sozialdemokraten im Parlament als in der gesamten Zeitspanne vor 1979. Es waren in erster Linie die linken Fraktionen gewesen, die mehr Frauen im EP

61 Zit. nach Spitzhüttl/Lüke: Das Europäische Parlament zwischen Chaos und Courage, S. 68.

62 Vgl. ebd., S. 69 f.

63 Zit. nach ebd., S. 85.

64 Vgl. Yvonne Rebecca Ingler-Detken: Doing Gender auf der politischen Bühne Europas. Politikerinnen und ihre Überwindung der „Fremdheit in der Politik“, Wiesbaden 2008, S. 36.

sehen wollten und sich im Vorwahlkampf für eine Vergrößerung des Frauenanteils stark gemacht hatten. So hatte Willy Brandt seine Kandidatur bei der ersten Direktwahl sogar davon abhängig gemacht, dass auf den ersten 40 Listenplätzen mindestens zehn Frauen stehen sollten. Dass die zahlenmäßige Stärke der Frauen im EP noch ungewohnt war, offenbarte sich indes in sprachlichen Skurilitäten: So war Simone Veil „Madame le Président“ und Diana Louie Elles und Luisa Maria Cassanmagnago-Cerretti wurden als Vize-„Präsidenten“ bezeichnet, während Hanna Walz als „Vorsitzender des Energieausschusses“ geführt wurde; nur die SPD-Abgeordnete Magdalene Hoff trug zeitweise den Titel „Obfrau“. <sup>65</sup>

Von einer paritätischen Geschlechterverteilung war das Kollektiv der Sozialdemokraten im Zeitraum angesichts der 32 weiblichen Abgeordneten, die den 73 männlichen gegenüberstanden, zwar noch weit entfernt, aber war die „Frauenquote“ von gerade einmal 4,3 % bis 1979 auf 30,5 % erheblich angestiegen. Auch nach 1979 erreichten einige Sozialdemokratinnen hohe Positionen im Parlament: Jutta Haug war von 1997 bis 1999 Vizepräsidentin des Parlaments und zudem erste stellvertretende Vorsitzende der sozialistischen Fraktion. Auch Dagmar Roth-Behrendt und Mechthild Rothe fungierten als Vizepräsidentinnen des Parlaments. Bemerkenswert ist, dass – obwohl deutlich mehr Männer im Parlament saßen – die sozialdemokratischen Vizepräsidenten immerhin zur Hälfte von weiblicher Seite gestellt wurden.

Da die Mitgliedschaft im Europäischen Parlament nach 1979 nicht mehr an ein Bundestagsmandat gekoppelt war, erscheint es lohnenswert zu untersuchen, wie viele Abgeordnete, die bereits vor der ersten Direktwahl Mitglieder des Europäischen Parlaments waren, im Parlament blieben. Von den Sozialdemokraten waren nur vier „alte“ Abgeordnete nach 1979 auch im direkt gewählten Parlament vertreten. Neben Hellmut Sieglerschmidt, der vor 1979 lediglich zwei Jahre im Parlament aktiv gewesen war und nach 1979 in verschiedenen Ausschüssen mitwirkte, waren auch Erwin Lange, Ludwig Fellermaier und Horst Seefeld dem Europäischen Parlament nach 1979 treu geblieben. Erwin Lange und Ludwig Fellermaier zeichneten sich bereits durch ihr besonderes Engagement im EP vor 1979 aus. Ersterer fungierte als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses (1970–1975) und leitete anschließend den Haushaltsausschuss (1978–1984). Fellermaier war 21 Jahre lang (1968–1989) Mitglied des Parlaments und hatte von 1975 bis 1979 die Funktion des Vorsitzenden der Sozialistischen Fraktion inne. Horst Seefeld engagierte sich auch als Präsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung für die europäische Integration. Später wurde er Ehrenmitglied des Europäischen Parlaments und des Präsidiums der Europa-Union Deutschlands. <sup>66</sup> Zudem galt er als Verkehrsexperte. Unter seiner Leitung entwickelte sich der Verkehrsausschuss zu einer Art Vorzeigausschuss, in dem auch die Idee der Untätigkeitsklage gegen den Ministerrat wuchs, während andernorts in vielen Ausschüssen des EP „löbliche Absichten (...) trockener

65 Vgl. Spitzhüttl/Lüke: Das Europäische Parlament zwischen Chaos und Courage, S. 76.

66 Vgl. hierzu Jürgen Mittag: Die Europäische Bewegung in Deutschland (1949–2009): Vom Honoratiorenkreis zur organisierten Zivilgesellschaft, in: Ursula Bitzegeio/Anja Kruke/Meik Woyke (Hg.): Soli-dargemeinschaft und Zivilgesellschaft. Festschrift für Michael Schneider, Bonn 2009, S. 343–382.

Routine zum Opfer“ fielen.<sup>67</sup> So hatte schon Willy Brandt von „Gutachtertätigkeiten“ gesprochen, zu denen das EP verdonnert sei, und die liberale Abgeordnete Mechthild von Alemann hatte die Ausschussarbeit massiv kritisiert: „Was ich schlecht finde, das ist, daß man immer so hinter der Kommission und dem Rat herarbeitet. Ich bin mit der Ausschussarbeit sehr unzufrieden. Wir müssen ununterbrochen Resolutionen zu irgendwelchen Berichten machen und es gibt immer wieder neue Berichte ohne erkennbare Struktur.“<sup>68</sup> Den genannten sozialdemokratischen Abgeordneten ist eine besondere Nähe zu Europa zu unterstellen, sodass sie die sich bietende Möglichkeit ergriffen, im Europäischen Parlament zu verweilen. Sie engagierten sich im besonderen Maße und blieben als „Europaexperten“ auch nach ihrer Mandatsdauer dem Parlament verbunden.

Wird die Verweildauer der sozialdemokratischen Mandatsträger, mit Ausnahme der 23 sozialdemokratischen Abgeordneten, die aktuell ein Mandat bekleiden, im Europäischen Parlament nach 1979 in den Blick genommen, ergibt sich ein ganz ähnliches Bild wie vor 1979: Die Mandatsdauer variierte weiterhin individuell stark, stieg aber tendenziell an. Zwar sollte Jürgen Brinckmeier nur vier Monate Parlamentsmitglied bleiben, doch ist diese kurze Verweildauer auf den Tod des Abgeordneten im November 1984 mit 49 Jahren zurückzuführen. Doch auch einige andere Sozialdemokraten schieden nach nur kurzer Zeit ohne tragische Begleitumstände aus. So glänzten die Gewerkschafter Karl Hauenschild und Eugen Loderer nicht mit einem längeren Engagement im EP. Wie bereits erwähnt, mussten sich beide nach nur sechs Monaten eingestehen, dass das Mandat doch mehr persönlichen Einsatz erfordere als abzusehen gewesen war.<sup>69</sup> Diese recht kurze Verweildauer blieb jedoch eine Ausnahme, die durchschnittliche Mandatsdauer betrug eine bis drei Wahlperioden. Ebenso wie es Ausreißer nach unten gab, wichen auch einige nach oben hin von der Norm ab: Klaus Hänschs Mitgliedschaft im Europäischen Parlament von 360 Monaten, also exakt 30 Jahren, ist demnach gleichermaßen als Sonderfall zu bewerten. Zwölf Abgeordnete (15 %) blieben kürzer als eine Mandatsperiode im Parlament. 25 Abgeordnete (31,3 %) saßen genau eine Mandatsperiode oder länger im Parlament, 18 Parlamentarier (22,5 %) zwei oder länger und 13 (16,3 %) blieben genau drei Mandatsperioden im Amt. Zwölf weitere Abgeordnete (15 %) saßen länger als 15 Jahre im Europäischen Parlament (16 Jahre: Willi Piecyk, Horst Seefeld; 17 Jahre: Heinke Salisch; 20 Jahre: Lissy Gröner, Ralf Linkohr, Jannis Sakellariou, Willi Rothley; 21 Jahre: Ludwig Fellermaier; 25 Jahre: Magdalene Hoff, Gerhard Schmid, Mechthild Rothe; 30 Jahre: Klaus Hänsch). Aus dieser Verteilung lässt sich die Schlussfolgerung ableiten, dass die Gruppe der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament insgesamt dynamischer wurde, dass die Zusammensetzung der Gruppe aber durchaus eine gewisse Stabilität aufwies.

Die durchschnittliche Mandatsdauer aller direktgewählten sozialdemokratischen Europaabgeordneten beträgt 121 Monate (etwa 10 Jahre). Trotz kürzerer Legislaturperiode weisen die Bundestagsabgeordneten damit eine deutlich längere Verweildauer als die sozi-

67 Vgl. Spitzhüttl/Lüke: Das Europäische Parlament zwischen Chaos und Courage, S. 96.

68 Zit. nach ebd., S. 96.

69 Vgl. ebd., S. 105.



aldemokratischen Europaabgeordneten auf. Auch die Mitglieder der deutschen Landesparlamente verbleiben im Schnitt etwas länger im jeweiligen Parlament als die sozialdemokratischen MdEP. Der Unterschied liegt, wie gezeigt wurde, nicht in einem späteren Einstiegsalter der Europaparlamentarier begründet. Die im Vergleich kürzere Verweildauer kann vielmehr auf eine geringere Attraktivität des Mandats, auf potenziellen Widerstand bei der Kandidatenaufstellung oder auf die elektorale Volatilität zurückgeführt werden. Empirisch sind die Wiederwahlquoten unter den deutschen MdEP nur zeitweilig niedriger als für den Bundestag; im Schnitt liegen sie höher als unter den Landtagsabgeordneten. Einen klaren Hinweis darauf, dass das Risiko zur Mandatsfortsetzung nicht in erster Linie von den Wählern ausgeht, geben die Kandidaturerfolgsquoten, also der Anteil der erneut ins EP Eingezogenen unter allen renominierten Kandidaten. Diese erreichen im EP die traditionell hohen Werte des Bundestags, die zwischen 80 und 90 Prozent liegen. Sobald also ein MdEP seine erneute Nominierung erreicht hat, kann er mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit damit rechnen, erneut in das Europäische Parlament einzuziehen. Insgesamt sind Europaparlamentarier in erheblichem Umfang in der Lage, sich gegen Risiken des Mandatsverlusts abzusichern. Risikobehaftet ist vielmehr eher die erneute Nominierung durch die Parteien. Namen wie Lissy Gröner oder Karin Jöns stehen für einen verpassten Wiedereinzug ins Straßburger Parlament, der auf eine schlechte Listenplatzierung bei der letzten Europawahl 2009 zurückzuführen ist. Daneben kann aber auch ein freiwilliger Rückzug aus Straßburg ins Gewicht fallen, um andere Mandate bzw. politische Ämter anzustreben.

Dafür, dass seitens der deutschen Sozialdemokratie das Europäische Parlament als „Versorgungsposten“ oder als vorübergehendes Refugium im Fall politischer Unliebsamkeiten oder Skandale genutzt wurde, gibt es – im Gegensatz zu anderen Parteien – keine Belege. Anders als im Falle des früheren Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern Alfred Gomolka (1994–2004), der ehemaligen PDS-Vorsitzenden Gabriele Zimmer (seit 2004) oder des Grünen Politikers Cem Özdemir (2004–2009) sind offensichtlich keine sozialdemokratischen Politiker nach Straßburg geschickt worden, um in der Bonner bzw. Berliner Parteiarena nicht mehr unliebsam in Erscheinung zu treten.

Das Bildungsniveau der sozialdemokratischen Europaabgeordneten im Europäischen Parlament stieg nach 1979 formal weiter an. Aus der Riege der direkt gewählten sozialdemokratischen Parlamentarier hatte weit mehr als die Hälfte der Mandatsträger studiert (73 von 94 Abgeordneten, zu denen Daten vorliegen [77,6 %]). Davon waren wiederum 15 promoviert (20,5 %), womit die absoluten Zahlen nur leicht über diejenigen bis 1979 lagen (11 Promovierte). Das Abitur war zum Standard geworden; nur wenige Abgeordnete hatten die Schule mit der mittleren Reife abgeschlossen (neun Abgeordnete, 9,5 %). Lediglich Eugen Loderer besaß einen Volksschulabschluss.

Das formal gestiegene Bildungsniveau spiegelt sich denn auch in den Berufen der sozialdemokratischen Abgeordneten wider. Der Kaufmann ohne Abitur und Studium wurde von weiteren Akademikerberufen „verdrängt“. Im Europäischen Parlament trafen immer mehr Juristen, Lehrer und Journalisten aufeinander und blieben dort weitgehend unter sich. Nichtakademiker und Arbeiter wurden so zunehmend zu Ausnahmen, auch unter den sozi-

aldemokratischen Abgeordneten. So war kein sozialdemokratischer Abgeordneter nach 1979 mehr Mechaniker, Zimmermann, Tapezierer, Werkmeister oder Buchdrucker. Für den Zeitraum nach 1979 gilt im verstärkten Maß, dass Abgeordnete oft nur kurzzeitig in ihren erlernten Berufen arbeiteten. Vielmehr strebten sie nach einem sozialen Aufstieg, holten das Abitur nach, studierten und wurden später in ganz anderen Bereichen tätig. Beispiele für derartige Karrieren sind der spätere Vizepräsident (1989–1994) des Europäischen Parlaments Hans Peters, der als gelernter Schuhmacher und Bergmann an der Sozialakademie Dortmund studierte und später u. a. als Bildungssekretär der IG Bergbau und Energie tätig war, oder Heinz Oskar Vetter, der das Abitur nachholte, an der Akademie für Gemeinwirtschaft studierte und schließlich als Gewerkschafter Karriere machte. Ganz ähnlich war es bei Helwin Peter: Als Elektrohauer im Steinkohlebergbau studierte er an der Akademie für Arbeit der Universität Frankfurt und wurde später Gewerkschaftssekretär. Auch Klaus Wettig (MdEP 1979–1994), der den Beruf des Schriftsetzers gelernt hatte, arbeitete nur zeitweise in diesem Feld, bevor er auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur nachholte und anschließend Jura und Sozialwissenschaften an der Universität in Göttingen studierte, wo er Jahre später wieder als Lehrbeauftragter arbeitete.

Nach 1979 hatte ein Großteil der sozialdemokratischen Abgeordneten vor dem Eintritt ins Europäische Parlament an einer politischen Karriere gearbeitet oder sich regional engagiert. Es lässt sich jedoch feststellen, dass verstärkt „Quereinsteiger“ von außerhalb kamen, die ohne vorherige politische oder europabezogene Aktivitäten den Weg direkt ins Europäische Parlament fanden. Nicht alle Abgeordneten konnten mit prestigeträchtigen politischen Ämtern aufwarten wie etwa Willy Brandt als Bundeskanzler. So war Mechthild Rothe vor ihrem Eintritt ins Parlament Lehrerin gewesen; andere, wie zum Beispiel Udo Bullmann, Garrelt Duin, Fritz Gautier, Petra Kammerevert, Helmut Kuhne, Helmut Rieger, Gerhard Schmid, Olaf Schwencke oder Rosemarie Wemheuer kamen aus der Wissenschaft.

Auffällig ist, dass die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten nach 1979 nur noch selten höhere Positionen im Europäischen Parlament bekleideten. Die sozialdemokratischen Abgeordneten fungierten zunehmend seltener als Vorsitzende eines Ausschusses oder als Fraktionsvorsitzende. Zurückzuführen ist dies nicht zuletzt auf die Erweiterungsrounden der Gemeinschaft und die deutlich gewachsene Konkurrenz bei der Vergabe von Ämtern. Immerhin sechs Abgeordnete (5,7%) schafften es in den 30 Jahren seit 1979 noch zum Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (Bruno Friedrich, Hans Peters, Horst Seefeld, Magdalene Hoff, Mechthild Rothe, Dagmar Roth-Behrendt); Klaus Hänsch, der zuvor schon Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas und Mitglied des Präsidiums des Verfassungskonvents war, wurde sogar für 2,5 Jahre zum Präsidenten des EP (1994–1997) gewählt.<sup>70</sup>

Nach ihrer Tätigkeit im EP traten die Abgeordneten je nach Alter in den Ruhestand oder blieben zum Großteil weiter in der Politik. So ist neben dem Typus der „Berufseuropäer“

70 Siehe hierzu auch die Autobiografie von Klaus Hänsch: *Kontinent der Hoffnungen. Mein europäisches Leben*, Bonn 2010.

unter den direkt gewählten Abgeordneten auch ein weiterer Typus auszumachen, der die Wahl ins Europäische Parlament als Karrierevehikel betrachtet, um entweder auf europäischer oder auf nationaler Ebene Erfolg zu haben. Folgt man den Umfragen eines Jenaer Forscherteams, betont mehr als die Hälfte der befragten Europaparlamentarier, dass die Wahl ins Parlament durchaus als Sprungbrett in andere, vor allem nationale Positionen zu verstehen ist. So legte Heidemarie Wieczorek-Zeul ihr Mandat im EP schnell nieder, als die parlamentarische Karriere im Bundestag winkte. Nach ihrer Wahl in den Bundestag 1987 war sie zunächst bis 1998 europapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und im Oktober 1998 Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in der Regierung Gerhard Schröders. In der Großen Koalition bis 2009 bekleidete sie dieses Amt erneut. Klaus Wettig hingegen verfolgte nach seiner Mitgliedschaft im Europäischen Parlament eine verlegerische Karriere. Er war zunächst Geschäftsführer des Partha-Verlag Berlins, anschließend des Verlages für Berlin-Brandenburg, bevor er Programmleiter des Verlages und von „Vorwärts Buch“ wurde. Kaum einer der Abgeordneten kehrte hingegen in seinen ursprünglich erlernten Beruf zurück. Die ausgeübten Tätigkeiten und Positionen der sozialdemokratischen Abgeordneten nach der Parlamentstätigkeit verdeutlichen weiterhin, dass viele von ihnen dem Thema Europa verpflichtet blieben. So zum Beispiel als Geschäftsführendes Präsidialmitglied (Hans Peters) oder Generalsekretär (Axel Schäfer) der Europa-Union, als Beraterin der Europäischen Kommission (Christa Randzio-Plath), als Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten (Gerd Walter, Detlev Samland) oder auch als Präsident des Europa-Kollegs Hamburg (Hans-Joachim Seeler).

Angesichts des rechnerisch durchschnittlichen Geburtsjahrgangs 1941 leben die sozialdemokratischen Abgeordneten heute überwiegend noch. Von den 105 Abgeordneten waren bis zum Jahresende 2011 21 (20 %) Abgeordnete verstorben. Für die SPD sitzen gegenwärtig 23 Abgeordnete im Parlament, alle als Mitglieder der S&D-Fraktion.<sup>71</sup>

Fasst man die Ergebnisse der kollektivbiografischen Untersuchung für den Zeitraum nach 1979 zusammen, so ergibt sich das folgende Konstrukt. Der typische sozialdemokratische Europaparlamentarier nach 1979:

- ist in der NS-Zeit geboren (Ø Geburtsjahr = 1941)
- ist männlichen Geschlechts (73 männlich, 32 weiblich)
- besitzt als höchsten Bildungsabschluss ein (abgeschlossenes) Studium (73)
- hat vor Ausübung des Parlamentsmandats den Beruf des Juristen ausgeübt (12) oder war als Journalist (10) oder Lehrer tätig (10)

71 Da aus Sicht der langjährigen SPE-Fraktion die Gefahr bestand, dass sich der Abstand zur christdemokratischen EVP-Fraktion weiter vergrößerte, wurde eine Allianz mit der italienischen Partito Democratico – ein Zusammenschluss, an dem sich sowohl die Linksdemokraten aus der ehemaligen postkommunistischen Partito Democratico della Sinistra als auch Christdemokraten vom linken Flügel der früheren Democrazia Cristiana beteiligen – vereinbart, bei der auf den etablierten Namen SPE verzichtet wurde. Die sperrige Kompromissbezeichnung „Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament“ (S&D) trug dem Umstand Rechnung, dass einige Abgeordnete der Mitte-Links-Partei Partito Democratico sich nicht als Sozialisten bzw. Sozialdemokraten sahen und zuvor bereits Mitglieder anderer Fraktionen gewesen waren.

- verfolgte vor dem Eintritt in das EP eine politische Karriere auf nationaler Ebene
- ist bei seinem Eintritt in das Europäische Parlament 46,88 Jahre alt (Ø Eintrittsjahr = 1988)
- nimmt keine höhere Funktion im EP wahr (Präsident des EP: 1, Vizepräsidenten = 6)
- verbleibt für eine Dauer von rund zehn Jahren (121 Monate) im Europäischen Parlament (Ø Austrittsjahr = 1994)
- lebt gegenwärtig (Ende 2011) noch

### Fazit: Die sozialdemokratischen EP-Abgeordneten – Typen der Individualität

Die hier unternommene, primär sozialstrukturelle Betrachtung der sozialdemokratischen Europaabgeordneten zwischen 1952 und 2011 erlaubt neben ersten inhaltlichen Schlussfolgerungen aus Perspektive der Parlamentarismus-, Eliten- und Integrationsforschung auch einige knappe Überlegungen zu den Chancen und Grenzen kollektivbiografischer Ansätze.

Hinsichtlich der Rekrutierungsmuster der Sozialdemokratie für ihr europapolitisches Führungspersonal lässt sich für die Gesamtheit der delegierten Parlamentarier bis 1979 nur ein vergleichsweise unscharfes Bild zeichnen und kein einheitlicher Typus festmachen. Vor allem in diachroner Perspektive sind deutliche Veränderungen auszumachen. Bereits die ersten Straßburger Abgeordneten der 1950er Jahre wiesen eine erhebliche Heterogenität auf. Neben politischen Schwergewichten wie Erich Ollenhauer und Herbert Wehner gehörten dem Montanparlament auch eher unbekanntere Abgeordnete mit Bezug zum Bergbau (Heinrich Imig) oder ausgeprägter Internationalität (Willi Birkelbach, Gerhard Kreyssig) an. Zumindest für einen Teil der Abgeordneten gilt damit jenes bereits von Peter Reichel zitierte Diktum über den (männlichen) Europaabgeordneten der „ersten Stunde“: Er tritt ein für ein „neues, demokratisch-parlamentarisch legitimes und föderiertes Europa. [Er ist] qualifiziert und in seinem Verhalten motiviert durch eine unbelastete politische Vergangenheit, internationale Erfahrung und eine lange politische Karriere. [Er ist] antinationalistisch orientiert, Inhaber führender politischer Positionen, Berufspolitiker und als nationaler Abgeordneter der typische ‚general leader‘ seiner Fraktion“.<sup>72</sup>

Mit dem Aufgaben- und Bedeutungszuwachs des Europäischen Parlaments, vor allem nach dem Inkrafttreten der Römischen Verträge, verändert sich dann auch die Zusammensetzung der sozialdemokratischen Europaparlamentarier: Es werden kaum noch Abgeordnete in die europäischen Versammlungen delegiert, die als unverzichtbar für die Arbeit im nationalen Parlament betrachtet werden. Namen wie Walter Fallers oder Alwin Kulawig, die auch in der SPD heute nur noch den wenigsten ein Begriff sind, stehen stellvertretend für die in jenen Jahren nach Straßburg delegierten Mandatsträger. Zurückführen lässt sich dies einerseits darauf, dass sich die Versammlung der E(W)G bzw. das Europäische Parlament zunächst nicht in dem erhofften Ausmaße als Keimzelle eines transnationalen europäischen Parlamentarismus und die Suche auch Einfluss bisweilen als äußerst mühselig erwiesen hatte. Damit einhergehend erlahmte das Interesse der führenden nationalen Parliamen-

72 Reichel: Bundestagsabgeordnete in europäischen Parlamenten, S. 101.

rier, sodass vorwiegend Politiker der zweiten (oder dritten) Reihe nach Straßburg entsendet wurden.

Zugleich nahm aber – vor allem mit den erweiterten Haushaltskompetenzen der 1970er Jahre – die Arbeit im Europäischen Parlament weiter zu. Bereits 1974 hat Harald G. Kundoch auf die Konsequenzen der Doppelbelastung aufmerksam gemacht und betont, dass ein europäischer Abgeordneter keine wichtige Funktion in der ersten Gruppe der Bundestagsabgeordneten übernehmen kann, da eine „politische Karriere (...) nur im nationalen Parlament erfolgen [kann], das als Regenerationsorgan der Regierung die attraktiveren Aufgaben und Posten zu vergeben hat“. Das Europäische Parlament zog infolgedessen nicht mehr „die ‚general leader‘ der nationalen Parlamentsfraktionen, sondern bestenfalls maßgebliche Ausschussexperten und einflussreiche Verbandsvertreter an“. <sup>73</sup> Infolgedessen traten sozialdemokratische Agrarexperten wie Harri Bading, Herbert Kriedemann oder Martin Schmidt ins Blickfeld, was nicht zuletzt auf die zentrale Bedeutung der Landwirtschaftspolitik im Rahmen der E(W)G in den 1960er und 1970er Jahren zurückzuführen ist. Peter Reichel zufolge ist hier der Europa-Experte auszumachen, der ab den 1950er Jahren die „Szenerie der europäischen Versammlungen“ beherrscht: „Dieser teilt sein politisches Schicksal parlamentarischer Zweitrangigkeit. Als Verbandsvertreter, als gewerkschafts- oder Parteifunktionär besitzt er jedoch außerparlamentarischen Rückhalt. Durch berufliche Vorbildung fachlich spezialisiert, verkörpert dieser Abgeordnete den typischen Ausschußexperten, für den das europäische Mandat gelegentlich ein Sprungbrett für die nationale parlamentarische Karriere darstellt. Dabei zeichnet sich seit Mitte der sechziger Jahre ab, dass sich zumindest die nationale Parlamentszugehörigkeit dieses parlamentarischen Europa-Experten mehr und mehr auf eine nur noch formale Mitgliedschaft reduziert.“ <sup>74</sup> Ungeachtet aller Fachexpertise ist damit aber auch infolge der fehlenden Rückkoppelung an den nationalen Kommunikationsraum hinsichtlich der Zusammensetzung der Gruppe der sozialdemokratischen Europaabgeordneten zu schlussfolgern, dass von einer Parlamentarier-Elite nicht gesprochen werden kann.

Nimmt man die Gesamtgruppe der bis 1979 delegierten sozialdemokratischen Europaparlamentarier in den Blick, so stechen, jenseits der Homogenität bei Geschlecht und Geburtsjahrgang sowie einer vergleichsweise geringen Akademisierung, vor allem die erheblichen Unterschiede hervor. Ein einheitlicher Typus ist nicht auszumachen; allenfalls unterschiedliche Typen von Individualität.

Den Direktwahlen kommt nicht nur als richtungweisender Impuls in der europäischen Integrationsgeschichte, sondern auch als wichtige Wegmarke des Repräsentationsgedankens entscheidende Beutung zu. Mit dem ersten direkt gewählten Parlament veränderte sich die Zusammensetzung der sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament im Kern. Dabei gilt allerdings zu berücksichtigen, dass die Zusammensetzung des Parlaments in der Wahlperiode zwischen 1979 und 1984 eine Ausnahme darstellte. Die außergewöhnlich hohe Zahl von prominenten Politikern, die gerade unter den bundesdeutschen Sozialdemo-

73 So Kundoch: Die Konstituierung des Europäischen Parlaments, S. 24.

74 Reichel: Bundestagsabgeordnete in europäischen Parlamenten, S. 101 f.

kraten auszumachen sind, spiegelt dies eindringlich wider. Mit den zweiten Direktwahlen 1984 zeichnete sich dann eine gewisse Normalisierung ab. Es bildeten sich neue Typen von Europaabgeordneten heraus, die erneut als „Berufseuropäer“ charakterisiert werden, aber durch andere Merkmale gekennzeichnet sind. Hierzu zählt neben einem insgesamt jüngeren Eintrittsalter vor allem die Professionalisierung und Akademisierung der sozialdemokratischen Europaabgeordneten. Diese konnten sich nun zu überwiegendem Teil auf ein erfolgreich abgeschlossenes akademisches Studium stützen und verfügten mit dem Beruf des Juristen, Journalisten oder Lehrers nun weniger über spezifische Fachkenntnisse als vielmehr über eine allgemeine politische Grundlage, auf der dann im Rahmen des Mandats im Europäischen Parlament eine Karriere verfolgt wurde. Diese konnte, wie im Fall von Klaus Hänsch, bis in höchste Ämter führen. Auch wenn kein anderer sozialdemokratischer Abgeordneter eine ähnliche lange Verweildauer wie Hänsch im EP aufwies, erhöhte sich die Mandatsdauer auf europäischer Ebene beträchtlich. Dennoch kann auch für die Gruppe der direkt gewählten Europaabgeordneten nicht von einem einheitlichen Typus ausgegangen werden. Während für einen Teil der Europaabgeordneten die Wahl in das Europäische Parlament als Sprungbrett in andere, in aller Regel nationale Positionen diene, zeichnet sich demgegenüber auch das Konzept der supranationalen (Repräsentations-)Elite ab.<sup>75</sup> Geradezu exemplarisch hierfür steht das Auftauchen des Kürzels „MdEP“: In dieser Bezeichnung kommt er wohl am deutlichsten zum Ausdruck, der europäische Berufspolitiker, angekommen auf europäischer Ebene und orientiert nach Brüssel – auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie.<sup>76</sup>

Mit diesen Interpretationen stößt der sozialstrukturell ausgerichtete kollektivbiografische Ansatz jedoch an seine Grenzen. In einem weiterführenden Untersuchungsschritt, der stärker an aktuelle kulturwissenschaftliche Zugänge anschließt, wären die sozialstrukturellen Daten mit erfahrungs- und wahrnehmungsgeschichtlichen Quellen zu kontrastieren, die gleichermaßen zur Erklärung von Biografien heranzuziehen sind. In diesem Kontext wäre zu fragen, welche Einschätzungen und Bilder die Wahrnehmung der sozialdemokratischen Europaabgeordneten geprägt haben und inwieweit diese Sichten mit dem Selbstbild der Abgeordneten konvergieren. Umfassender tradiert wurden bis heute vor allem kritische Urteile über die Europaabgeordneten, unter denen weder der „Spesenritter“ fehlte, der wegen vermeintlich kurzer Arbeitszeiten und Anwesenheitsprämien sich um einen Job in Straßburg bewarb, noch der „Opa“, der nach „Europa“ ging. Die Formel vom europäischen

75 Siehe Roger Scully: *Becoming Europeans? Attitudes, Behaviour and Socialization in the European Parliament*, New York 2005.

76 Später dokumentierte auch das neue Abgeordnetenrecht die zunehmende Relevanz der Europaabgeordneten als europäische Abgeordnete nicht nur in funktionaler, sondern auch in struktureller Hinsicht. Mit den Regelungen des Abgeordnetenstatuts wird nicht nur ein erheblicher Teil der öffentlichen Kritik an den MdEP ausgeräumt, sondern mit ihm geht auch eine Festigung der internen Organisationsstrukturen des Parlaments einher. Aus der Sicht der Wähler werden die Parlamentarier mutmaßlich noch stärker als europäische Abgeordnete wahrgenommen werden. Siehe hierzu Jürgen Mittag: Wegmarke für die Parlamentarisierung der Europäischen Union: Die finanziellen Bestimmungen des europäischen Abgeordnetenstatuts, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 4 (2006), S. 713–728.

Altenteil hat sich dabei so fest in den Sprachschatz zumindest der Journalisten eingebrannt, dass sie ungeachtet aller empirischen Irrelevanz bis in die Gegenwart hinein bemüht wird. Im Rahmen einer weiterführenden Studie wäre diesen und weiteren Selbst- und Fremdzuschreibungen nachzugehen und insbesondere zu fragen, inwieweit sie das Selbstverständnis und die Arbeit der sozialdemokratischen Europaabgeordneten prägten.<sup>77</sup> Legt man die Erfahrungen von Klaus Hänsch zu Grunde, ist ein erheblicher Wandel auszumachen: „Als ich anfing, waren wir Kolleginnen und Kollegen gegen 10 Uhr im Parlament und konnten uns gegen 17 bis 18 Uhr gemütlich zum Abendessen begeben und zwischendurch gab es ein paar Telefonate“, erklärt Hänsch in einem Interview. Weiter heißt es: „Noch als ich Präsident war und um 8 Uhr morgens ins Parlament ging, war ich fast der erste; wenn ich abends um 21 Uhr das Parlament verließ, meist der letzte. Wenn ich heute um 8 Uhr ins Parlament komme, ist da schon Betrieb und wenn ich abends um 21 Uhr gehe, immer noch. Das ist ein Beleg dafür, dass das, was wir tun, wie wir arbeiten, wie wir wahrgenommen werden, sich enorm verbessert hat. Und nun kommt der typische Parlamentarier und sagt: Es könnte noch besser werden.“<sup>78</sup>

Der Frage, ob es diesen typischen Parlamentarier dann wirklich gibt, muss nach den Ausführungen dieses Beitrags – ungeachtet der beiden als analytische Schlussfolgerung präsentierten idealtypischen Lebenslaufkonstrukte – wohl mit einer gewissen Zurückhaltung begegnet werden. Die Notwendigkeit weiterer Analysen zu diesem Problemfeld, die sowohl der europäischen Integrations- als auch der Eliten- und Parlamentarismusforschung sowie der sozialdemokratischen Parteienforschung neue Erklärungsansätze eröffnen können, die aus Kenntnissen über handelnde Akteure zu gewinnen sind, sollte hingegen nicht in Frage stehen, sondern vielmehr diesen Forschungsbereichen Impulse zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit biografischen Ansätzen vermitteln.

77 Von Interesse für die historische Forschung ist in diesem Zusammenhang etwa ein Heft der Zeitschrift „transnational“ mit Stellungnahmen und Einschätzungen deutschsprachiger Europaabgeordneter. Vgl. *transnational* 17 (1980), hg. von der Parlamentarischen Gruppe im Deutschen Rat der Europäischen Bewegung.

78 Zit. nach einem Interview mit der sozialdemokratischen Europaabgeordneten Erika Mann am 10. Dezember 2003 in Brüssel, <[http://www.klaus-haensch.de/index.php4?show\\_nav=mehr-49&navigation\\_nr=204&nav\\_id 204=856&nav\\_id=853&htCMS\\_print=1](http://www.klaus-haensch.de/index.php4?show_nav=mehr-49&navigation_nr=204&nav_id 204=856&nav_id=853&htCMS_print=1)>.

## Deutsche Sozialdemokratische Europaabgeordnete vor 1979

	Geburtsdatum	Sterbedatum	Bildung
Adams, Rudolf	10.11.1919		
Apel, Hans	25.02.1932	06.09.2011	Promotion
Arendt, Walter	07.01.1925	07.03.2005	Volksschule
Arndt, Klaus-Dieter	09.03.1927	29.01.1974	Promotion
Bading, Harri	23.03.1901	12.06.1981	Studium
Bayerl, Alfons	27.12.1923	20.03.2009	Promotion
Behrendt, Walter	18.09.1914	23.07.1997	Volksschule
Bergmann, Karl	07.06.1907	21.08.1979	Volksschule
Berkhan, Karl-Wilhelm	08.04.1915	09.03.1994	Studium
Birkelbach, Willi	12.01.1913	17.07.2008	Abitur
Conrad, Kurt	19.10.1911	16.07.1982	Lehre
Cortier, Fritz	19.07.1906	27.04.1991	Studium
Cortier, Peter	19.06.1936		Promotion
Deist, Heinrich	10.12.1902	07.03.1964	Promotion
Dröscher, Wilhelm	07.10.1920	18.11.1977	Volksschule
Elsner, Ilse	25.11.1910	15.12.1996	Promotion
Faller, Walter	11.11.1909	03.02.2003	Realschule
Fellermaier, Ludwig	02.07.1930	11.03.1996	Abitur
Flämig, Gerhard	19.12.1919	18.09.2011	Abitur
Frehsee, Heinz	30.08.1916	17.09.2004	Studium
Gerlach, Horst B.	16.08.1919	16.12.1990	Abitur
Haage, Hermann	23.07.1912	21.12.1970	Volksschule
Haase, Detlef	15.07.1924	11.12.1997	Mittlere Reife
Haase, Horst	26.10.1933		Studium
Hein, Udo	27.12.1914	19.01.1971	Promotion
Henßler, Fritz	12.04.1886	04.12.1953	Volksschule
Hoffmann, Hans-Joachim	12.02.1945		Studium
Ibrügger, Lothar	24.12.1944		Studium
Imig, Heinrich	23.07.1893	24.02.1954	Volksschule
Kalbitzer, Hellmut	17.11.1913	04.02.2006	Volksschule
Kater, Helmut	30.08.1927		
Koch, Gerhard	22.08.1906	22.01.1983	Studium
Kreyssig, Gerhard	25.12.1899	14.10.1982	Promotion
Kriedemann, Herbert	01.03.1903	20.01.1977	Studium
Kulawig, Alwin	17.01.1926	19.10.2003	
Lange, Erwin	10.05.1914	30.10.1991	mittlere Reife



	Erlerner Beruf	Eintritt EP	Austritt EP	Mandatsdauer (Monate)
	Kaufmann	21.01.1970	16.07.1979	114
	Kaufmann, wiss. Mitarb.	09.12.1965	21.01.1970	50
	Bergmann	29.11.1961	21.01.1970	86
	wiss. Mitarb.	02.02.1971	29.01.1974	36
	Diplomlandwirt	04.06.1964	20.01.1970	68
	Jurist	18.09.1974	16.07.1979	58
	Industriekaufmann/Bilanzbuchhalter	26.01.1967	19.01.1977	120
	Bergmann	27.02.1958	21.01.1970	143
	Berufsschullehrer	11.11.1959	29.11.1961	24
	Außenhandelskaufmann	16.07.1952	15.06.1964	143
	Werkmeister	29.10.1957	25.02.1959	16
	Journalist	04.10.1967	21.01.1970	27
	Jurist	14.02.1973	19.01.1977	47
	Jurist	10.12.1953	07.03.1964	123
	Kaufmann	09.12.1965	12.10.1971	70
	Journalistin	29.11.1961	26.05.1970	102
	Mechaniker	29.11.1961	14.02.1973	135
	Kaufmann	19.01.1968	16.07.1979	222
	Schriftsetzer/Journalist	21.01.1970	16.07.1979	114
	Diplomlandwirt	14.02.1973	19.01.1977	47
	Verwaltungsangestellter	09.12.1965	19.01.1977	133
	Tapezierer/Dekorateur	21.01.1970	21.12.1970	11
	Zimmermann	10.06.1976	19.01.1977	7
	Jurist	19.01.1977	16.07.1979	30
	Jurist	21.01.1970	19.01.1971	12
	Buchdrucker/Redakteur	16.07.1952	10.12.1953	17
	Referent für Erwachsenenbildung	19.01.1977	16.07.1979	30
	Ingenieur	23.02.1978	16.07.1979	17
	Bergmann	16.07.1952	10.12.1953	17
	Zigarrenfabrikant	27.02.1958	22.01.1964	71
	Industriekaufmann	14.02.1973	16.01.1975	23
	Jurist	21.01.1970	14.02.1973	37
	Bankier	16.07.1952	21.12.1965	161
	Agrarwissenschaftler	29.11.1961	14.02.1973	15
	Optiker	22.01.1964	21.01.1970	72
	Schriftsetzer	21.01.1970	16.07.1979	184

	Geburtsdatum	Sterbedatum	Bildung
Lautenschlager, Hans	20.01.1919	19.09.2007	Besuch d. Gymnasiums
Leber, Georg	07.10.1920		Volksschule
Lemp, Hans	11.12.1928		
Merten, Hans	01.09.1908	12.12.1967	Studium
Metzger, Ludwig	18.03.1902	13.01.1993	Mittlere Reife
Michels, Wilhelm	27.09.1919	07.04.2003	Volksschule
Müller, Willi	14.07.1925	18.01.2007	Volksschule
Odenthal, Willy	24.06.1896	12.01.1962	Studium
Ollenhauer, Erich	27.03.1901	14.12.1963	Volksschule
Orth, Elisabeth	24.03.1921	10.05.1976	Studium
Ratzel, Ludwig	13.02.1915	05.02.1996	Promotion
Reischl, Gerhard	17.07.1918	16.04.1998	Promotion
Rohde, Helmut	09.11.1925		Abitur
Schachtschabel, Hans G.	16.03.1914	29.10.1993	Promotion/Habilitation
Schmidt, Helmut	23.12.1918		Studium
Schmidt, Manfred	16.01.1936		Studium
Schmidt, Martin	16.06.1914	30.07.2002	Studium
Schöne, Joachim	19.06.1906	13.07.1967	Promotion
Schreiber, Heinz	24.11.1942		Studium
Schwabe, Wolfgang	12.10.1910	04.01.1978	Besuch d. Gymnasiums
Seefeld, Horst	21.11.1930		Abitur
Seifritz, Hans Stefan	28.01.1927		Volksschule
Seuffert, Walter	04.02.1907	28.12.1989	Studium
Sieglerschmidt, Hellmut	17.10.1917	01.03.1992	Studium
Spillecke, Hermann	15.05.1924	05.05.1977	Volksschule
Sträter, Heinrich	22.11.1891	11.04.1968	
Strobel, Käte	23.07.1907	26.03.1996	Volksschule
Suck, Walter	21.09.1912	11.11.1983	Oberrealschule
Walkhoff, Karl-Heinz	26.02.1936		Studium
Wehner, Herbert	11.07.1906	19.01.1990	Realschule
Wischnewski, Hans-Jürgen	24.07.1924	24.02.2005	Abitur
Wolfram, Erich	05.10.1928	08.02.2003	Studium
Würtz, Peter	06.09.1939		Mittlere Reife

	Erlerner Beruf	Eintritt EP	Austritt EP	Mandatsdauer (Monate)
	Verwaltungsangestellter	19.01.1968	19.01.1977	108
	kaufm. Angestellter/ Maurer	27.02.1958	25.02.1959	12
	Verkaufsleiter	26.05.1977	16.07.1979	25
	Pfarrer	12.03.1965	12.12.1967	33
	Verwaltungsangestellter	29.10.1957	21.01.1970	147
	techn. Angestellter	29.11.1961	22.01.1964	26
	Anwaltsgehilfe	14.02.1973	16.07.1979	77
	Jurist	25.02.1959	29.11.1961	33
	Kaufmann	16.07.1952	19.03.1958	66
	Hausfrau	21.01.1970	10.05.1976	76
	Ingenieur	27.02.1958	06.11.1959	20
	Jurist	13.10.1971	14.02.1973	15
	Journalist	22.01.1964	21.12.1965	23
	Lehrstuhlinhaber WiSo-Politik	20.02.1974	18.09.1974	7
	Diplomvolkswirt	27.02.1958	29.11.1961	45
	Jurist	14.02.1973	16.07.1979	77
	Diplomlandwirt	27.02.1958	29.11.1961	45
	Wirtschaftsberater/ Fachlehrer	16.07.1952	29.10.1957	69
	VHS Dozent	19.01.1977	16.07.1979	30
	landwirtschaftliche Ausbildung	05.02.1970	03.01.1978	95
	Kaufmann	21.01.1970	16.07.1979	164
	Journalist	29.11.1961	01.10.1967	70
	Jurist	04.06.1964	13.10.1967	40
	Journalist	19.01.1977	16.07.1979	90
	Lehrer	19.01.1977	04.05.1977	4
	Journalist	27.02.1958	29.11.1961	45
	Kauffrau	27.02.1958	26.01.1967	107
	Maschinenbauer	16.01.1975	19.01.1977	24
	Lehrer	14.02.1973	19.01.1977	47
	Verwaltungsdienst	16.07.1952	19.03.1958	66
	Gewerkschaftssekretär	29.11.1961	12.03.1965	39
	Versicherungssachverständiger	26.05.1970	14.02.1973	33
	Schlosser	19.01.1977	16.07.1979	30

## Deutsche Sozialdemokratische Europaabgeordnete nach 1979

Name	Geburtsdatum	Sterbedatum	Bildung
Amberg, Werner	18.04.1929		
Arndt, Rudi	01.03.1927	14.03.2004	Studium
Botz, Gerhard	15.09.1955		Studium
Brandt, Willy	18.12.1913	08.10.1992	Abitur
Brinckmeier, Jürgen	16.04.1935	28.11.1984	Studium
Bullmann, Udo	08.06.1956		Promotion
Ceyhun, Ozan	10.10.1960		Studium
Duin, Garrelt	02.04.1968		Studium
Elchlepp, Dietrich	07.03.1938		Studium
Ertug, Ismail	05.12.1975		Studium
Fellermaier, Ludwig	02.07.1930	11.03.1996	Abitur
Fleckenstein, Knut	20.12.1953		Abitur
Focke, Katharina	08.10.1922		Studium
Friedrich, Bruno	31.03.1927	20.06.1987	Studium
Gabert, Volkmar	11.03.1923	19.02.2003	Realschule
Gautier, Fritz	17.01.1950		Promotion
Gebhardt, Evelyne	19.01.1954		Studium
Geier, Jens	22.06.1961		Studium
Glante, Norbert	08.08.1952		Studium
Görlach, Willy	27.12.1940		Studium
Gröner, Lissy	31.05.1954		–
Groote, Matthias	21.10.1973		Studium
Hänsch, Klaus	15.12.1938		Promotion
Hauenschild, Karl	30.08.1920		Oberrealschule
Haug, Jutta	08.10.1951		Studium
Heinemann, Hermann	24.06.1928	15.11.2005	
Herklotz, Luise	20.08.1918	25.07.2009	Abitur
Hoff, Magdalene	29.12.1940		Studium
Jöns, Karin	29.04.1953		Studium
Junker, Karin	24.12.1940		Abitur
Kammerevert, Petra	01.06.1966		Studium
Kessler, Margot	08.09.1948		Studium
Kindermann, Heinz	20.06.1942		Promotion
Klinkenborg, Jan	26.09.1935	28.07.1988	
Köhler, Heinz-Fritz	12.05.1942		Promotion
Krehl, Constanze	14.10.1956		Studium

	Erlerner Beruf	Eintritt EP	Austritt EP	Mandatsdauer (Monate) Aktuell MdEP
		13.02.1987	24.07.1989	29
	Jurist	17.07.1979	24.07.1989	120
	Landwirt	19.07.1994	19.07.1999	60
	Journalist	17.07.1979	01.03.1983	44
	Journalist	24.07.1984	28.11.1984	4
	Politikwissenschaftler	20.07.1999	./.	149
	Angestellter	23.11.1999	19.07.2004	56
	Jurist	02.10.2000	17.10.2005	60
	Jurist	06.02.1996	19.07.1999	41
	Betriebswirt	14.07.2009	./.	17
	Kaufmann	19.01.1968	24.07.1989	258
	Bankkaufmann	14.07.2009	./.	17
	Publizistin	17.07.1979	24.07.1989	120
	Grund- und Hauptschullehrer	17.07.1979	20.06.1987	95
	landwirtschaftlicher Arbeiter	17.07.1979	23.07.1984	60
	Chemiker	18.01.1980	12.02.1987	85
	Übersetzerin	19.07.1994	./.	209
	Projektmanager	14.07.2009	./.	29
	Ingenieur	19.07.1994	./.	209
	Lehrer	25.07.1989	19.07.2004	180
	Angestellte	25.07.1989	13.07.2009	240
	Ingenieur	26.10.2005	./.	74
	Journalist	17.07.1979	13.07.2009	360
	Industriekaufmann	17.07.1979	14.01.1980	6
	Wirtschaftsberaterin	19.07.1994	./.	209
	Bankkaufmann	11.03.1983	23.07.1984	16
	Journalistin	17.07.1979	23.07.1984	60
	Ingenieurin	17.07.1979	19.07.2004	300
	Journalistin	19.07.1994	13.07.2009	180
	Journalistin	25.07.1989	19.07.2004	180
	Wissenschaftl. Mitarb.	14.07.2009	./.	17
	Diplom-Indologin	20.07.1999	19.07.2004	60
	Tierarzt	19.07.1994	13.07.2009	180
	Kaufmann	17.07.1979	28.07.1988	108
	Jurist	25.07.1989	18.07.1994	60
	Informatikerin	19.07.1994	./.	209

Name	Geburtsdatum	Sterbedatum	Bildung
Kreissl-Dörfler, Wolfgang	01.12.1950		Studium
Kuckelkorn, Wilfried	30.08.1943		Studium
Kuhn, Annemarie	09.05.1937		Abitur
Kühn, Heinz	18.02.1912	12.03.1992	Studium
Kuhne, Helmut	06.06.1949		Studium
Lange, Bernd	14.11.1955		Studium
Lange, Erwin	10.05.1914	30.10.1991	mittlere Reife
Leinen, Jo	06.04.1948		Studium
Linde, Erdmann	22.02.1943		Studium
Linkohr, Rolf	11.04.1941		Promotion
Loderer, Eugen	28.05.1920	09.02.1995	Volksschule
Lüttge, Günter	08.07.1938	07.09.2000	Studium
Maibaum, Gepa	21.12.1935	07.03.2007	Abitur
Mann, Erika	02.11.1950		Studium
Mihr, Karl-Heinrich	22.07.1935		
Müller, Rosemarie	15.01.1949		mittlere Reife
Neugebauer, Lore	26.05.1928		
Neuser, Norbert	22.03.1949		Studium
Onur, Leyla	08.01.1945		Studium
Peter, Helwin	18.07.1941		Studium
Peters, Hans	10.12.1927	27.04.1999	Studium
Pieczyk, Willi	11.08.1948	01.08.2008	Studium
Randzio-Plath, Christa	29.10.1940		Studium
Rapkay, Bernhard	08.01.1951		Studium
Rehder, Klaus	12.07.1943		Studium
Richter, Edelbert	25.02.1943		Studium
Rieger, Helmut	16.10.1943		Promotion
Rodust, Ulrike	04.06.1949		mittlere Reife
Rogalla, Dieter	20.08.1927		Promotion
Romberg, Walter	27.12.1928		Promotion
Roth-Behrendt, Dagmar	21.02.1953		Studium
Rothe, Mechtild	10.08.1947		Studium
Rothley, Willi	15.01.1943		Studium
Sakellariou, Jannis	12.11.1939		Studium
Salisch, Heinke	14.08.1941		Studium
Samland, Detlev	01.05.1953	08.07.2009	Studium
Schäfer, Axel	03.08.1952		Abitur

	Erlerner Beruf	Eintritt EP	Austritt EP	Mandatsdauer (Monate) Aktuell MdEP
	Landwirt	19.07.1994	./.	209
	Installateur	19.07.1994	19.07.2004	120
	Sekretärin	22.12.1990	19.07.1999	103
	Journalist	17.07.1979	23.07.1984	60
	Wissenschaftler	19.07.1994	13.07.2009	180
	Lehrer	19.07.1994	./.	209
	Schriftsetzer	21.01.1970	23.07.1984	184
	Jurist	20.07.1999	./.	149
	Stahlbauschlosser	17.07.1979	29.09.1981	14
	Physiker	17.07.1979	19.07.2004	300
	Schlosser	17.07.1979	14.01.1980	8
	Lehrer	25.07.1989	07.09.2000	134
	Hausfrau	25.07.1989	18.07.1994	60
	Unternehmensberaterin	19.07.1994	13.07.2009	180
	Betriebsrat	16.01.1980	18.07.1994	174
	Bankkauffrau	20.07.1999	19.07.2004	60
		03.07.1987	24.07.1989	24
	Dipl. Pädagoge	14.07.2009	./.	17
	Lehrerin	25.07.1989	18.07.1994	60
	Bergmann	25.07.1989	19.07.1999	120
	Bergmann	17.07.1979	18.07.1994	180
	Politikwissenschaftler	11.05.1992	01.08.2008	195
	Juristin	25.07.1989	19.07.2004	180
	Angestellter	17.07.1994	./.	209
	Lehrer	19.07.1994	19.07.1999	60
	Theologe	[21.2.1991]	18.07.1994	
	Wissenschaftler	13.11.1980	23.07.1984	44
	Industriekauffrau	29.08.2008	./.	28
	Jurist	30.09.1981	23.07.1994	34
	Mathematiker	[1990]	18.07.1994	
	Juristin	25.07.1989	./.	269
	Lehrerin	24.07.1984	13.07.2009	300
	Jurist	24.07.1984	19.07.2004	240
	Ingenieur	24.07.1984	19.07.2004	240
	Dolmetscherin	17.07.1979	01.02.1996	199
	Ingenieur	25.07.1989	19.07.1999	120
	Beamter	19.07.1994	19.07.1999	60

Name	Geburtsdatum	Sterbedatum	Bildung
Schieler, Rudolf	22.05.1928		Promotion
Schinzel, Dieter	14.11.1942		Studium
Schmid, Gerhard	05.05.1946		Promotion
Schmidbauer, Barbara	15.11.1937		Abitur
Schmitt, Heinz	30.08.1920	30.10.1980	
Schön, Karl	26.07.1923		
Schulz, Martin	20.12.1955		mittlere Reife
Schwencke, Olaf	27.01.1937		Promotion
Seefeld, Horst	21.11.1930		Abitur
Seeler, Hans-Joachim	09.08.1930		Promotion
Seibel-Emmerling, Lieselotte	03.02.1932		Studium
Sieglerschmidt, Hellmut	17.10.1917	01.03.1992	Studium
Simon, Peter	04.04.1967		Studium
Simons, Barbara	16.06.1929		Studium
Sippel, Birgit	29.01.1960		-
Steinruck, Jutta	01.09.1962		Studium
Stockmann, Ulrich	01.01.1951		Studium
Tannert, Christof	04.04.1946		Promotion
Topmann, Günter	07.05.1934		
Vetter, Heinz Oskar	21.10.1917	18.10.1990	Studium
Vittinghoff, Kurt	09.01.1928	15.08.2011	mittlere Reife
Vring, Thomas von der	27.05.1937		Promotion/Habilitation
Wagner, Manfred	14.01.1934		
Walter, Gerd	26.04.1949		Studium
Walter, Ralf	15.03.1958		Studium
Weber, Beate	12.12.1943		Studium
Weiler, Barbara	17.09.1946		mittlere Reife
Wemheuer, Rosemarie	06.05.1950		Studium
Westphal, Kerstin	11.09.1962		Abitur
Wettig, Klaus	15.08.1940		Studium
Wieczorek-Zeul, Heidemarie	21.11.1942		Studium
Zimmermann, Wilmya	30.07.1944		mittlere Reife



	Erlerner Beruf	Eintritt EP	Austritt EP	Mandatsdauer (Monate) Aktuell MdEP
	Jurist	17.07.1979	23.07.1984	60
	Physiker	17.07.1979	18.07.1994	180
	Chemiker	17.07.1979	19.07.2004	300
	Bankangestellte	03.03.1987	19.07.1999	148
	Gewerkschaftssekretär	17.07.1979	30.10.1980	15
	Steinmetz	17.07.1979	23.07.1984	60
	Buchhändler	19.07.1994	./.	209
	Wissenschaftler	17.07.1979	23.07.1984	60
	Kaufmann	14.02.1973	24.07.1989	197
	Jurist	17.07.1979	24.07.1989	120
	Lehrerin	17.07.1979	24.07.1989	120
	Journalist	19.01.1977	23.07.1984	90
	Jurist	14.07.2009	./.	17
	Pädagogin	24.07.1984	18.07.1994	120
	Fremdsprachenkorrespondentin	14.07.2009	./.	17
	Betriebswirtin	14.07.2009	./.	17
	Ingenieur	19.07.1994	13.07.2009	180
	Biologe	19.07.1994	19.07.1999	60
	Kriminalbeamter	24.07.1984	18.07.1994	120
	Schlosser	17.07.1979	24.07.1989	120
	Sekretär	24.07.1984	18.07.1994	120
	Wissenschaftler	17.07.1979	18.07.1994	180
	Industriekaufmann	17.07.1979	24.07.1989	120
	Journalist	17.07.1979	07.05.1992	154
	Sozialarbeiter	19.07.1994	13.07.2009	180
	Lehrer	17.07.1979	14.12.1990	137
	kaufm. Angestellte	19.07.1994	./.	180
	Wissenschaftlerin	19.07.1994	19.07.1999	60
	Erzieherin	14.07.2009	./.	17
	Schriftsetzer	17.07.1979	18.07.1994	180
	Lehrerin	17.07.1979	01.03.1987	92
	Med.-Techn. Assistentin	19.07.1994	19.07.1999	60